

IVAN PFAFF

STALINS STRATEGIE DER SOWJETISIERUNG MITTELEUROPAS 1935–1938

Das Beispiel Tschechoslowakei

Das langfristige Ziel der subversiven Tätigkeit der Komintern, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten, war mit der Entwicklung des sowjetischen Staates von Anfang an eng verbunden: Der Aufstand des Spartakusbundes in Berlin 1919, die ungarische und slowakische Räterepublik 1919, die bayerische Räterepublik 1918–1919, der sowjetisch-polnische Krieg 1920, der Dezembergeneralstreik in der Tschechoslowakei 1920 (ein Versuch der kommunistischen Machtergreifung), die kommunistischen Aufstände in Deutschland 1921 und 1923, der kommunistische Putsch in Bulgarien 1923 und die Annexionsforderungen der Komintern 1924 – all dies sind die ersten Marksteine einer kontinuierlich auf Sowjetisierung zielenden Politik Moskaus, die bis 1938 reicht.

Schon Lenin faßte 1919 den Entschluß, die Revolution mit Waffengewalt über die Grenzen Sowjetrußlands zu tragen. Die Bolschewisten wollten 1920 ein Sowjetregime nicht nur in Polen errichten; als sie sich Warschau näherten, hegten sie auch die Vision eines triumphalen Marsches nach Mittel- und Westeuropa. Nicht einmal Beneš Versuch, Moskau 1920 mit dem Angebot der östlichen Provinz der Tschechoslowakei, der Karpatho-Ukraine, zu besänftigen, brachte einen unmittelbaren Erfolg. Obwohl Moskau 1923 den vergeblichen Anlauf zu einer kommunistischen Machtergreifung in Bulgarien unterstützte, blieb nicht der Balkan, sondern Mitteleuropa im Brennpunkt sowjetischer Aufmerksamkeit: die wiederholten Aufstände in Deutschland zeigen das ebenso deutlich wie 1920 der mißlungene Putsch in der Tschechoslowakei.

Der neue Slogan vom „Sozialismus in einem Land“ gab der Konsolidierung des Sowjetstaates ab 1924 unbedingten Vorrang. Aber das setzte voraus, daß die Differenzen zwischen den kapitalistischen Feinden geschürt wurden; die Endabrechnung mit ihnen war nur aufgeschoben. Die subversive Tätigkeit der Komintern wurde daher parallel zur konventionellen russischen Diplomatie verstärkt fortgesetzt. Diese Dualität gab der Sowjetführung eine außerordentliche Flexibilität und die Möglichkeit, zwischen Nahzielen und langfristigen Zielen zu unterscheiden. So trat der V. Kominternkongreß 1924 für das Recht einer völligen territorialen Trennung aller „unterdrückten Minderheiten“ in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Griechenland ein. Seine Resolution postulierte insbesondere die Eingliede-

zung der Karpatho-Ukraine, Ostgaliziens, Bessarabiens und der Bukowina in die Sowjetukraine und gab damit ein Signal im Hinblick auf die langfristigen Hoffnungen Moskaus: auf territoriale Ausdehnung der UdSSR nach Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, wie sie zwischen 1939 und 1945 realisiert werden sollte. Ungeachtet dessen schloß Litwinow 1929 Freundschaftsverträge mit einigen gerade jener Staaten, auf die es die Komintern ausdrücklich abgesehen hatte. Hierbei wurde der Zweck verfolgt, die mitteleuropäischen Länder in die sowjetische Einflußsphäre zu locken – Länder, die nach dem Willen antisowjetischer westlicher Politiker als *cordon sanitaire* gegen eine weitere Ausbreitung des sowjetischen Machtbereichs hätten dienen sollen.

Ab 1929 wuchs die Bedeutung der mitteleuropäischen kommunistischen Parteien als Werkzeuge der Pläne Moskaus zur „Bolschewisierung“, d. h. zur Etablierung des stalinistischen Kurses nach Installierung der Sowjetmacht bzw. Rätenuacht in ihren Ländern. Dabei konzentrierte Moskau seine Bestrebungen in erster Linie auf Deutschland als den Schwerpunkt der vorgesehenen Sowjetisierung Mitteleuropas. Die Parole „für Sowjetdeutschland“, für Installierung „der Sowjetmacht“ in Deutschland, herausgegeben von der „bolschewisierten“ KPD, erklärt, warum sich die KPD mit der „sozialfaschistischen“ SPD gegen den Nationalsozialismus eben nicht verband und warum sie sich im Gegenteil wiederholt in einer Front mit dem Nationalsozialismus gegen die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik stellte. Selbst der vollständige Zusammenbruch dieser Politik durch die Machtübernahme Hitlers – ein Zusammenbruch, der eine grundlegende Revision des taktischen Kurses der Komintern geradezu herausforderte – änderte an den Sowjetisierungsplänen für Deutschland nicht das geringste. In der falschen Annahme, die nationalsozialistische Diktatur sei labil, behauptete die Führung der Komintern am 1. April 1933 ganz im Ernst: „Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen ... Die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur ... beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution ... Die einzige Rettung der werktätigen Massen vor der Katastrophe ist die proletarische Revolution ...“¹

Die Absurdität dieser Erwartung, die auch von anderen Fraktionen der Komintern voll geteilt² und die schon nach zehn Tagen vom Berliner Auswärtigen Amt –

¹ „Die Lage in Deutschland“. Resolution des Präsidiums der EKKI vom 1. 4. 1933, in: *Kommunistische Internationale 1933*, Nr. 6, S. 64. Abgedruckt bei Theodor Pirker, *Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940*, München 1964, S. 173–181, hier S. 180; Jane Degras (Hrsg.), *The Communist International 1919–1943*, Bd. III (1929–1943), Oxford 1965, S. 262f.

² So verband die VIII. Plenarsitzung des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) im Oktober 1933 die Liquidation des deutschen Faschismus direkt mit der Errichtung der Sowjetmacht. Dort wurde erklärt, daß sich die tschechoslowakischen Kommunisten „nach dem 30. Januar 1933 mehr als je zuvor mit dem deutschen Proletariat in der Überzeugung identifizierten, daß sich die proletarische Revolution in Deutschland nähert und daß der endgültige Sieg des deutschen Proletariats sicher und nah ist“; Václav Kopecký, *Za příkladem bolševické KSN (Das Beispiel der bolschewistischen KPD)*, in: *Komunistická revue* Jg. VIII, Nr. 7 vom 8. 10. 1933.

mit gänzlich unangebrachter Beunruhigung – registriert wurde³, liegt auf der Hand. Dennoch hinderte die Stabilisierung der NS-Diktatur und Hitlers Zerschlagung der KPD die Komintern nicht daran, noch im Dezember 1933 auf dem XIII. Plenum des EKKI die Hoffnung auf baldige Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland zum Ausdruck zu bringen⁴. In den Thesen des Agitprops des EKKI vom März 1934 – zum 15. Jahrestag der Kominterngründung – ist die Erwartung eines Sowjetdeutschland ebenfalls zu finden⁵. Zuvor noch, Mitte Februar 1934, hatte die Kominternführung die „Losung der Sowjetmacht“ für Deutschland ausgegeben und in der Geschlossenheit der Kominternparteien „die beste Gewähr dafür“ erblickt, daß sie „den siegreichen Entscheidungskampf“ führen werden⁶. Während die KPD in den Fußstapfen der Komintern nach dem 30. Juni 1934 den Kampf „für die Macht der Räte, für ein Sowjetrußland“ als ihre Hauptaufgabe auffaßte⁷, betonte das EKKI im November 1934, daß die gewünschte Arbeiter- und Bauernregierung nur durch „gewaltsame Stürzung der Ausbeuterklassen und Errichtung der Diktatur des Proletariats – der Sowjetmacht“ erkämpft werden könne⁸ – und zwar nicht nur in Deutschland. Die KPD wandte sich am 30. Januar 1935 an die Opposition in der SPD mit der Losung „Volksrevolution für ein freies sozialistisches Deutschland der Rätewacht“⁹, nachdem sie im Saarplebiszit im gleichen Monat „für eine rote Saar im Sowjetdeutschland“ eingetreten war – eine vom EKKI übernommene Parole¹⁰.

³ „Richtlinien der Komintern zur Bolschewisierung Deutschlands“, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA/AA), AA an das RIM, Berlin 11. 4. 1933, Geheimakten 1920–1936, Rußland Pol. 19, Bolschewismus, Bd. 44.

⁴ Degras, *Communist International*, S. 305; Jiří Hochman, *The Soviet Union and the Failure of Collective Security 1934–1938*, Ithaca 1984, S. 81.

⁵ Degras, *Communist International*, S. 322.

⁶ Resolution des XIII. Plenums des EKKI „Die Lage in Österreich und die Aufgaben der KPÖ“ vom 15. 2. 1934, in: Pirker, *Utopie und Mythos*, Nr. 60, S. 192–196.

⁷ Der Artikel „Der blutige 30. Juni 1934 in Deutschland“ in *Basler Rundschau*, in: Pirker, ebenda, S. 202.

⁸ Resolution des Politischen Sekretariats des EKKI vom 23. 11. 1934. Zit. nach Zdeněk Hradilák/Jan Novák, *Z bojů o nové pojetí protifašistické jednotné fronty. K historii a významu X. pléna ÚV KSČ v listopadu 1934* (Aus den Kämpfen um eine neue Auffassung der antifaschistischen Einheitsfront. Zur Geschichte und Bedeutung des X. Plenums des ZK der KPČ im November 1934), in: *Príspevky k dějinám KSČ* (Beiträge zur Geschichte der KPČ), Prag 1965, S. 57; Miloš Hájek, *Jednotná fronta: K politické orientaci Komunistické Internacionály 1921–1935* (Die Einheitsfront: Zur politischen Orientierung der Kommunistischen Internationale 1921–1935), Prag 1969, S. 328 f.; Jörg Wegmüller, *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale 1934–1938*, Frankfurt 1972, S. 62, 128.

⁹ *Basler Rundschau* Nr. 10 vom 21. 2. 1935; Wegmüller, *Volksfront*, S. 61.

¹⁰ Wilhelm Müller, *Die Bedeutung des Kampfes für den Status quo im Saargebiet*, in: *Basler Rundschau* Nr. 55 vom 18. 10. 1934; Wolfgang Richter, *Volksfront an der Saar gegen Hitler, für den Status quo, für eine zweite Abstimmung*, in: ebenda Nr. 61 vom 22. 11. 1934; Wilhelm Pieck, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitler-Diktatur*, Berlin Ost 1955, S. 40 f.; Babette L. Gross, *Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren. Ein Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Taktik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 43 vom 24. 10. 1962, S. 521–548, hier S. 534 ff.

In unserem Zusammenhang kommt es natürlich nicht in erster Linie darauf an, daß sich die Komintern – und mithin die Sowjetführung – bezüglich Deutschlands ganz verfehlten Erwartungen hingab. Vielmehr ist zentral, daß sie sich den Sturz der NS-Gewaltherrschaft nicht als Wiederherstellung einer parlamentarischen Demokratie, sondern ausschließlich als Sowjetisierung Deutschlands vorstellte. Dabei hatte sie keineswegs nur ihre Deutschlandpolitik im Sinn, denn sie postulierte gleichzeitig die Sowjetisierung in anderen mitteleuropäischen Staaten, die eine ausgeprägte demokratische Struktur hatten oder deren Innenpolitik zumindest nicht vom Nationalsozialismus bestimmt war. So stellte die Komintern im Februar 1934 die blutig geschlagene österreichische Arbeiterschaft „vor die Aufgabe des Kampfes ... für die Sowjetmacht – die Diktatur des Proletariats“ in Österreich¹¹. Insbesondere aber richtete die Komintern ihre Aufmerksamkeit auf die Sowjetisierung der Tschechoslowakei, in der sie sich auf die seit 1929 „bolschewisierte“, d. h. stalinistische KPČ voll verlassen konnte: das X. Plenum des ZK der KPČ stellte am 10. November 1934 die Parole auf, der antifaschistische Kampf sei keineswegs mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie identisch, sondern ausschließlich mit dem Kampf für die Diktatur des Proletariats und für die Installierung der Sowjetmacht und einer Sowjetrepublik gleichzusetzen¹². Auch die „revisionistische“ marxistische Historiographie verheimlichte nicht, daß sich der antifaschistische Kampf der tschechoslowakischen Kommunisten vor 1935 nur auf solche Aktionen beschränkte, die der Errichtung der Sowjetmacht bzw. der Sowjetisierung der bürgerlichen Demokratie in der Tschechoslowakei dienlich sein sollten¹³.

Nach dem Abschluß des französisch-sowjetischen und des tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspaktes im Mai 1935 entwickelte sich bezeichnenderweise unter den neuen Verbündeten Moskaus eine recht ausgeprägte Furcht vor einer Sowjetisierung im Falle der Anwendung dieser Pakte. So war der französische Kriegsminister, Jean Fabry, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Paktes Paris-Moskau davon überzeugt, daß die Sowjetpolitik bestrebt sei, einen allgemeinen Konflikt hervorzurufen und durch ihn den Sieg des Kommunismus in Europa zu sichern, und Fabry glaubte, daß es die von Moskau verlangte Militärkonvention – eine Ergänzung und Konkretisierung des Paktes – der Sowjetarmee durch ihren „brutalen“ Automatismus erlauben würde, in Frankreich einzumarschieren¹⁴. Auch wenn eine derartige Einschätzung durchaus unrealistisch wirken mag: zur gleichen

¹¹ Resolution des XIII. Plenums des EKKI „Die Lage in Österreich und die Aufgaben der KPÖ“ vom 15. 2. 1934, in: Pirker, *Utopie und Mythos*, S. 192–196.

¹² František Hrbata/Ladislav Niklíček, *Na cestě k VII. kongresu Kominterny (Auf dem Weg zum VII. Kongreß der Komintern)*, in: *Tschechoslowakische Historische Zeitschrift (ČsČH)* 13 (1965), S. 680; Hradilák/Novák, *Jednotné fronta*, S. 57.

¹³ Hrbata/Niklíček, *VII. kongres Kominterny*, S. 659–666.

¹⁴ Pierre Renouvin, *Les crises du XX^e siècle*, in: *Histoire des relations internationales*, Bd. 8, Paris 1958, S. 90; Milena Janišová, *Francouzská zahraniční politika a Československo v období příprav Mnichova (Die französische Außenpolitik und die Tschechoslowakei in der Periode der Vorbereitungen zu München)*, in: *ČsČH* 11 (1963), S. 576.

Zeit stellte ein konservativer tschechischer Publizist ebenfalls „die schwerwiegende Frage: Bedeutet der Durchzug einer Sowjetarmee für ein verbündetes Land die Gefahr, daß sie sich dort sofort einrichten“ würde¹⁵? Der französische Premier Laval wiederum teilte wenige Wochen nach dem Paktabschluß die deutsche Angst vor „der Gefahr des Bolschewismus“ und sprach von der sowjetischen „Idee der Verbolschewisierung Europas“, die er eben durch den französisch-sowjetischen Pakt eliminiert wissen wollte¹⁶.

Der zwischen dem 25. Juli und dem 20. August 1935 in Moskau abgehaltene VII. Kominternkongreß wird auch von „revisionistischen“ marxistischen Historikern als Markstein einer Abkehr Moskaus von der Sowjetisierungspolitik betrachtet – als Bruch mit dem bisherigen Kurs und als Beginn einer kontinuierlichen, konsequenten Politik der aufrichtigen, bedingungslosen gemeinsamen Front kommunistischer Parteien mit den Sozialisten und Liberalen gegen den Faschismus. Die authentischen Dokumente des Kongresses verdeutlichen jedoch, wie falsch diese These ist. Man braucht nur an die leidenschaftlichen Sowjetisierungsbekennnisse der tschechischen Kommunistenführer auf diesem Kongreß zu denken¹⁷ oder an die dritte und die vierte der fünf Bedingungen, unter denen Dimitroff auf dem Kongreß den sozialistischen Parteien die Bildung einer einheitlichen proletarischen Massenpartei angeboten hatte: Einsicht in die Notwendigkeit einer revolutionären Stürzung der Bourgeoisie und Anerkennung der Diktatur des Proletariats in Form von Sowjets (Rätewacht) sowie den Verzicht auf Unterstützung der eigenen Bourgeoisie in einem „imperialistischen“ Krieg, d. h. implite die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen den von außen angegriffenen bürgerlichen Staat¹⁸. Doch damit nicht genug: Die erste Resolution des Kongresses vom 1. August 1935 spricht von „Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution“ und vom Übergang „der politischen Krise in eine siegreiche proletarische Revolution“¹⁹. Der siebte Teil der Kongreß-Resolution über Faschismus, Einheit der Arbeiterklasse und Aufgaben der Komintern vom 20. August 1935 ist betitelt „Für die Sowjetmacht!“ und benutzt zweimal den Begriff „die Sowjetmacht“, die das Proletariat durch Umfunktionierung der Verteidigung bürgerlich-demokratischer Freiheiten gegen den Faschismus in einem „Klassenkrieg“ vorzubereiten habe²⁰. Die Resolution des Kongresses über die Gefahr eines neuen Krieges vom gleichen Tage schließlich fordert „die Umwand-

¹⁵ Lev Borský, in: *Národní politika* vom 14. 6. 1935.

¹⁶ Botschafter Köster an das AA über ein Gespräch mit Laval am 25. 7. 1935, in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Göttingen 1975, S. 485 f.

¹⁷ Am 7. 8. 1935 erklärte auf dem VII. Kongreß der Vorsitzende der KPČ Klement Gottwald: „Wir wollen, daß diese Republik [die ČSR; I. P.], in der heute die Bourgeoisie herrscht, eine Sowjetrepublik wird. Das ist unser Ziel“; Klement Gottwald, *Spisy* (Schriften), Bd. VI, Prag 1952, S. 181. Am 15. 8. 1935 erklärte dort das Politbüromitglied Jan Šverma, daß „nur die Sowjetrepublik eine Grundlage für wirkliche Freiheit“ in der ČSR sei; Ladislav Niklíček, *Za lidovou frontu proti fašismu* (Für die Volksfront gegen den Faschismus), Prag 1965, S. 99, 107.

¹⁸ Wegmüller, *Volksfront*, S. 68.

¹⁹ Degras, *Communist International*, S. 355.

²⁰ Ebenda, S. 369 f.

lung des imperialistischen in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie“ und verkündet den Übergang „vom Kampf über den Frieden in den Kampf für die Revolution“²¹. Der britische Botschafter in Moskau hatte also ganz Recht, wenn er den Kongreß noch vor seinem Abschluß als bloße Taktikänderung der Komintern interpretierte, die aber gefährlicher als die bisherige offene Sowjetisierungspolitik sei²².

Was Moskau wirklich mit dem vom VII. Kominternkongreß proklamierten „neuen“ Volksfrontkurs meinte, beweist die Formulierung der Sowjetisierungsziele aus offiziellem sowjetischen Munde während des Kongresses. In einem geheimen Beschluß des Moskauer Politbüros vom 8. August 1935 – also im Laufe des Kongresses – lesen wir, daß die militärische Niederlage Deutschlands „eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfaltung der proletarischen Revolution in Zentraleuropa ist“, daß es unerlässlich sei, jeden neuen Krieg „zur Eroberung der Macht und zum Sturze des Kapitalismus auszunutzen“, daß die Sowjetunion „den Kern der künftigen gesamteuropäischen und dann Weltföderation der sozialistischen Arbeiter- und Bauernrepubliken bildet“ und daß schließlich die Militärpolitik der UdSSR darauf gerichtet sei, „den Krieg in die Weltrevolution zu verwandeln“²³. Dieser Beschluß des Politbüros, der schließlich für die Sowjetpolitik allein verbindlich war, rückt erst die „neue“ Orientierung des VII. Kominternkongresses ins wahre Licht. Die Zielsetzungen des Beschlusses bedürfen gewiß keines Kommentars. Sie zeigen überzeugend, welches Endziel die Sowjetführung mit einer Intervention ihrer Militärmacht in einem europäischen (antideutschen) Krieg wirklich zu verfolgen gedachte, und insbesondere, daß von einer Abkehr Moskaus vom Sowjetisierungskurs gar keine Rede sein kann, daß die sowjetische Führung auch nach dem Sommer 1935 bestrebt blieb, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten.

Dies bewiesen bald die Vorgänge innerhalb der KPČ. Abgesehen von den Sowjetisierungsproklamationen der KPČ-Funktionäre zur Zeit des VII. Kongresses und danach²⁴, auch abgesehen davon, daß sich tschechoslowakische Gerichte zur Straf-

²¹ Ebenda, S. 377 f.

²² „No doubt it is not a change of heart which has taken place, but a change of tactics, and no doubt would revolution remain as ever the ultimate end of Comintern policy. . . It is my personal view that the new policy is far more dangerous than the old crude appeal to revolution, and one that is likely to have far more success, especially in the older countries where constitutional democracy has long existed. . . I only hope that these countries will be able to adapt themselves to the new tactics of the Third International“; Chilston an Sir Samuel Hoare am 16. 8. 1935, in: Public Record Office (PRO) London, FO 371, Vol. 19457, N 4118.

²³ Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. 8. 1935, Adjutantur des Führers, N 10, Bd. 58, fol. 103–106 und Bd. 50, fol. 134–136, in: Bundesarchiv Koblenz (BA). Hier abgedruckt als Anhang 1.

²⁴ So erklärte ein Redner am 25. 7. 1935 auf der KPČ-Sitzung in Ostrau: „Die Abschaffung des Kapitalismus in der ČSR kann nur auf dem Wege der Revolution wie in Rußland geschehen“. Am 28. 11. 1935 verkündete ein Redner auf der KPČ-Versammlung in Preßburg, daß die tschechoslowakische Arbeiterschaft „denselben Weg wie Rußland antreten muß“. Zit. nach Karel Vaš, *Antisovjetismus státního aparátu předmňichovské republiky* (Der Antisowjetismus des Staatsapparates der Vormünchener Republik), in: *ČsČH* 19 (1971), S. 815. Solche Beweise ließen sich beliebig vermehren.

verfolgung von Sympathiekundgebungen für die UdSSR genötigt sahen, die für die Einführung der sowjetischen Staatsordnung, insbesondere der Diktatur des Proletariats, in der ČSR plädierten²⁵, ist auf die Resolution des EKKI vom 10. Januar 1936 hinzuweisen. Sie warf der während Gottwalds Abwesenheit tätigen KPČ-Führung (Šverma, Slánský) vor, durch den Verzicht auf Errichtung der Diktatur des Proletariats und auf Installierung der Sowjetmacht und ferner durch Überschätzung der Linksströmungen in den sozialistischen Parteien schwere „rechts-opportunistische“ Fehler begangen zu haben²⁶. Moskau demonstrierte hier, was denjenigen erwartete, der die „neue“ Sprache des VII. Kominternkongresses zu buchstäblich nahmen. Infolge der Resolution des EKKI wurde in Prag vom 24. bis zum 26. Februar 1936 eine außerordentliche Tagung des ZK der KPČ (nach Gottwalds Rückkehr aus Moskau) abgehalten, die Šverma, Slánský und Synek wegen „Verrats an der Sowjetisierungslinie“ ihrer Parteifunktionen enthob²⁷. Um die Komintern zu besänftigen und die Linientreue der KPČ an den Tag zu legen, publizierte Gottwald noch vor dieser ZK-Tagung im Zentralorgan der KPČ, Rudé právo, einen Artikel, in dem er den Versuch seiner nunmehr verdamnten Genossen um einen von Moskau unabhängigen Kurs weitgehend revidierte und für die Fortsetzung „des Kampfes für die sowjetische Regierungsform in der Tschechoslowakei“ eintrat²⁸. Wie ernst die Sowjetisierungsbereitschaft der KPČ zu nehmen war, enthüllte zwei Monate später, am 22. April 1936, der KPČ-Abgeordnete Dr. Bohumír Šmeral, der im Prager Parlament unverhohlen erklärte: „Wenn die Bourgeoisie nicht imstande sei, die heutige Konzeption der Allianzpolitik mit der Sowjetunion beizubehalten, dann liege es im Interesse aller Nationalitäten des Staates, in den machtpolitischen Verhältnissen dieses Landes eine Änderung herbeizuführen.“²⁹

Diese Drohungen veranlaßten Ende April 1936 einen linken sozialdemokratischen Publizisten, die Verteidigungsbereitschaft der KPČ zu analysieren und zu dokumentieren, daß sie den eigenen Staat gegen eine nationalsozialistische Aggression erst dann zu verteidigen gedenke, wenn das tschechoslowakische Proletariat „mit der eigenen Bourgeoisie abgerechnet habe“: der KPČ gehe es zunächst um „die

²⁵ Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes vom 9. 5. 1935 und 16. 3. 1937, in: Staatsarchiv Brünn, Zm IV 187/35 und Zm IV 72/37; Beschluß des Justizministeriums vom 29. 1. 1936, in: Staatszentralarchiv (SÚA) Prag, MS, Tr. Nr. 2, Kart. 482, Nr. 60974/35. Diese Maßnahmen zeigen, daß man in der ČSR das Täuschungsmanöver mit dem VII. Kominternkongreß durchschaut hatte.

²⁶ Sammlung Nr. 20, Az. 77; Nr. 3098 pres., P 87/22, PP 1931–1940, in: SÚA Prag. Schon am 28. 12. 1935 kritisierte Dimitroff – „der Initiator des neuen Kurses“ – am Sekretariat des EKKI den sich in Moskau aufhaltenden Gottwald, weil sich die Kommunisten in der ČSR „in Verteidiger des Vaterlandes verändern“, statt die Machtergreifung anzustreben; in: Sammlung Nr. 20, Az. 172, SÚA Prag.

²⁷ František Hrbata/Ladislav Nikliček, Naděje a skutečnost (Hoffnungen und Wirklichkeit), in: ČsČH 15 (1967), S. 687 ff.

²⁸ Foreign Office Minute (Bramwell) „Notes on the Bolshevisation of Czechoslovakia“, London 5. 3. 1936, in: PRO London, FO 371, Vol. 20375, R 7410.

²⁹ Rudé právo vom 23. 4. 1936.

Bildung einer neuen Tschechoslowakei, um eine sozialistische Sowjetrepublik nach dem Vorbild Sowjetrußlands“. In der kommunistischen Vorstellung „der jakobinischen Verteidigung der Republik“ erblickte er dann das Ziel, „den antifaschistischen Verteidigungskrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln“, „einen großen Bürgerkampf innerhalb dieses Landes zu entfesseln“ statt gegen den äußeren faschistischen Gegner zu kämpfen³⁰.

Die Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik bedurften allerdings weder dieses warnenden Hinweises noch der kommunistischen Bekenntnisse zum Kampf für die Errichtung einer Sowjetmacht, um zu erkennen, daß nicht nur die ČSR, sondern ganz Mitteleuropa mit ernsthaften Sowjetisierungsplänen zu rechnen hatte. So wies Außenminister Krofta Ende März 1936 in einem Gespräch mit dem lettischen Gesandten darauf hin, daß die Tschechoslowakei sich „davor hüten muß, sich von den Sowjets einfangen zu lassen“³¹. Und im April 1936 erklärte er gegenüber dem französischen Gesandten, er verstehe die Befürchtungen des rumänischen Außenministers Titulescu, die Rote Armee könnte nach Beendigung von Kriegsoperationen in Mitteleuropa in Bessarabien bleiben, da er, Krofta, selber starke Besorgnisse vor der Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Mitteleuropa und vor deren machtpolitischen Konsequenzen habe und Moskau nicht weniger als Berlin fürchte³². Für die damalige Atmosphäre ist die Erklärung des französischen Militärattachés in Bukarest von Anfang Mai 1936 bezeichnend: „Wenn wir einen Krieg mit Deutschland führen, müssen wir alles daran setzen, daß der Krieg in drei bis vier Monaten beendet wird. Aber die Russen, wie wir in Erfahrung gebracht haben, haben ein Interesse daran, einen Krieg möglichst in die Länge zu ziehen, um die von ihnen durchschrittenen Gebiete auf Dauer besetzt halten zu können.“³³ Hier wird zum erstenmal bereits deutlich die Erwartung geäußert, die Beteiligung der Sowjetunion an einem Krieg mit Deutschland werde nicht nur zur Errichtung von Regimes sowjetischen Typs, sondern direkt zur sowjetischen territorialen Expansion in Mitteleuropa führen. Ein amerikanischer Beobachter wies Ende Juli 1936 darauf hin, daß in der ČSR ein Teil der öffentlichen Meinung in dem Pakt mit Moskau ein „mögliches Instrument“ der Sowjets erblicke, „die demokratische Struktur der Tschechoslowakei zu unterminieren“³⁴ – was mit Gottwalds und Šmerals Drohungen durchaus im Einklang stand. Die Erwartung einer territorialen Expansion der UdSSR im Falle der Anwendung ihrer Pakte mit Paris und Prag wird indirekt auch

³⁰ Jan Thelen, *Jsou pro obranu Československa – ale jakou?* (Sie sind für die Verteidigung der Tschechoslowakei – aber für welche?), in: *Nová svoboda* 13, Nr. 16–17 vom 24. 4. und 1. 5. 1938, S. 185 f., 196 ff.

³¹ Gesandter Eisenlohr an das AA am 26. 3. 1936, in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Göttingen 1977, S. 287.

³² Gesandter Delacroix nach Paris über sein Gespräch mit dem Staatspräsidenten Beneš am 14. 6. 1936, in: DDF, 2e Série, T. II/2, Paris 1964, S. 131.

³³ Militärattaché Oberst Tschunke an das RKM/3. Abt. Gen. St. – Attachégruppe am 11. 5. 1936, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, 23/1, Militärattaché Prag 1933–1936.

³⁴ Der USA-Geschäftsträger Benton an das State Department am 25. 7. 1936, in: FRUS 1936/1, Washington 1953, S. 329.

durch den Eindruck eines deutschen Diplomaten in Prag bestätigt: man wisse in Prag sehr wohl, daß die sowjetischen Gefühle für die Tschechoslowakei gar nicht so altruistisch seien, wie man es in Moskau gerne vortäuscht, und daß die ČSR „letzten Endes doch nur ein Mittel für die Moskauer Politik ist“³⁵.

Im September 1936 kehrte General Schweisguth, der stellvertretende französische Generalstabschef, von den sowjetischen Manövern mit dem Eindruck zurück, die Sowjetunion wünsche nicht, in den nächsten europäischen Konflikt verwickelt zu werden, sondern „trachte danach, die Rolle des Schiedsrichters in einem vom Krieg erschöpften Europa zu spielen“³⁶. Doch auch der tschechoslowakische Gesandte in Moskau warnte im November 1936 im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg vor „dem bitteren Kelch der Volksfront“ und vor „dem Teufel, der nie schläft“, womit er die sowjetische Version der Volksfront meinte, die er als Ausgangsposition und erste Form der Sowjetisierung ansah³⁷. Noch früher, im September 1936, äußerte selbst Beneš, gegenüber dem ungarischen Gesandten, seine Befürchtung, es werde im Falle eines sowjetischen militärischen Eingreifens gegen eine deutsche Aggression zu einer Sozialrevolution in Europa und zu einer sowjetischen territorialen Expansion insbesondere nach Rumänien, Ostpolen und in die Karpatho-Ukraine kommen³⁸. Es war jedoch freilich gerade Beneš, der schon im Februar 1936 die Sowjets indirekt zur Sowjetisierung Mitteleuropas aufforderte, indem er gegenüber dem Prager Gesandten der UdSSR erklärte, daß die Sowjets „nicht nur das mitteleuropäische, sondern auch das Balkanforum betreten müssen, daß sie Mitteleuropa aber nur dann betreten sollen, wenn sich ihre Interessen in diesem Teil Europas auf deutliche Weise entwickeln, . . . daß sie nicht eilen und geduldig eine deutlichere Form der praktischen Frage der Organisation Mitteleuropas abwarten sollen“³⁹. Eine derartige Aufforderung war eine Folge von Beneš widersprüchlicher politischer Persönlichkeit – er wünschte sowjetische machtpolitische Präsenz in Mitteleuropa und fürchtete sie zugleich.

Aus dem Dislokationsplan des Kiewer Militärbezirks der Roten Armee, der Ende 1936 in deutsche Hände geriet, ist ersichtlich, daß in der Westukraine sieben Regimenter des Innenkommissariats mit einer Gesamtstärke von 21 000 Mann und mit eigenen Panzerabteilungen bereitstanden⁴⁰, was auf die politischen Absichten jeder militärischen sowjetischen Offensive schließen läßt. Die Sowjetisierungspläne Mos-

³⁵ Geschäftsträger von Stein an das AA am 5. 8. 1936, in: PA/AA Gesandtschaft Prag, A III 1 allg. – Tschechoslowakische Außenpolitik, Bd. 4.

³⁶ Georges Bonnet, Vor der Katastrophe, Köln 1951, S. 35.

³⁷ Pavlů an Krofta am 23. 11. 1936, Moskau 1936, Nr. 79, in: Archiv des Außenministeriums (AMZV) Prag.

³⁸ Ungarischer Gesandter nach Budapest am 11. 9. 1936, in: Diplomaciai Iratok Magyarországi Külpolitikájához, Bd. II, Budapest 1963, Nr. 32, S. 59.

³⁹ Alexandrowski an Litwinow am 14. 2. 1936, in: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů (Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen), Bd. III, Prag 1979, S. 250–253.

⁴⁰ Generalkonsulat Kiew an die Botschaft Moskau am 6. 1. 1937, in: PA/AA Botschaft Moskau A 4, Militär-, Marine-, Flugwesen, Bd. 6.

kaus spielten übrigens im Spätherbst 1936 in ganz Europa eine gewichtige Rolle⁴¹, insbesondere im Bewußtsein britischer Politiker. Wenige Tage nach der Rheinlandbesetzung erklärte der britische Premier am 11. März 1936, als Ergebnis eines Krieges, aus dem sich die UdSSR heraushalte, müsse der Sowjetunion ein kommunistisches Europa, regiert von der Rätewacht, wie eine reife Frucht in den Schoß fallen⁴². Aber auch bei einer sowjetischen Beteiligung an einem Krieg mit Deutschland sei die Sowjetisierung Mitteleuropas wahrscheinlich: am 13. Mai 1937 – um es vorwegzunehmen – erklärte Baldwin gegenüber General v. Blomberg, er sage für den Fall eines europäischen Krieges den Zusammenbruch des Kontinents voraus – „die Vernichtung der europäischen Kultur und den Sieg des Bolschewismus in Europa“⁴³. In diesen Zusammenhang gehört auch die Bemerkung Edens gegenüber dem polnischen Außenminister Beck Anfang Oktober 1935, niemand wolle eine aus dem Chaos hervorgegangene „Herrschaft Stalins in Europa“⁴⁴. Im britischen Generalstab rechnete man schon seit den Paktabschlüssen Moskaus im Mai 1935 damit, daß jede europäische Konflagration „auf sicherstem Wege die Geschäfte der Revolution im Sinne Moskaus vorantreibt“⁴⁵.

Im Sinne der gesamteuropäischen Dimension, in die britische Politiker die Sowjetisierungspläne Moskaus eingeordnet haben, waren diese in der Tat keineswegs nur gegen die Tschechoslowakei gerichtet, sondern in gleichem Maße gegen die übrigen mitteleuropäischen Staaten, insbesondere gegen Österreich, Polen und Rumänien (wahrscheinlich auch gegen Ungarn, doch läßt hier die Quellenlage kein sicheres Urteil zu). Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1936 hat sich im Auftrag der Komintern Béla Kun in Wien aufgehalten und dort sogar ein eigenes Sekretariat eingerichtet. Seine Verhaftung am 29. September ermöglichte die Ermittlung weite-

⁴¹ Auf die Gefahr der Sowjetisierung machen anhand der Quellen aufmerksam: Gotthold Rhode, Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte, in: Probleme der böhmischen Geschichte, hrsg. v. Collegium Carolinum, München 1964, S. 135 und Johann Wolfgang Brügel, Noch eine kommunistische Geschichtslüge, in: Die Zukunft, Nr. 5–6 (1970), S. 26–30. Die Sowjetisierungsgefahr, die auch Beneš ex post schon nach dem Prager Februarumsturz 1948 akzentuierte (Edvard Beneš, Omens of a New Conflict, in: The Nation vom 19. 6. 1948, S. 682 f.), wird auch von der neuesten neostalinistischen Darstellung mit dem Geständnis voll zugegeben, daß „die Logik der europäischen Entwicklung die kleinen Staaten Mitteleuropas zur historischen Kreuzung verschob, auf der es notwendig war, zwischen der Sozialrevolution und der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft unter den Bedingungen deutschen Vasallentums zu wählen“; Václav Král, Spojenectví československo-sovětské v evropské politice 1935–1939 (Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis in der europäischen Politik 1935–1939), Prag 1970, S. 151.

⁴² Baldwin im Kabinett am 11. 3. 1936, in: PRO London, CAB 23, Vol. 83.

⁴³ Aufzeichnung General Blombergs vom 21. 5. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. II, Politische Beziehungen Englands zu Deutschland, Bd. 4.

⁴⁴ Józef Beck, Dernier Rapport, Neuchâtel 1951, S. 290. Vgl. im selben Sinne Baldwins Befürchtungen auf dem Bankett des Lord Mayor of London am 9. 11. 1936, in: Daily Telegraph vom 10. 11. 1936; weiterhin Gottfried Neidhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, München 1972, S. 149 f.

⁴⁵ Bericht des deutschen Militärattachés in London, Geyr von Schweppenburg, für Mai 1935, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, II F, Militärattaché London.

rer elf sowjetischer Agenten, er selbst kam jedoch schon nach 24 Stunden wieder frei. Anfang Oktober 1936 wurde in Innsbruck als „Abgesandter der Sowjetpropagandaabteilung“, offensichtlich also der Komintern, ein gewisser Dr. Blum verhaftet, und in Berichten hieß es, Nachrichten über die „Wühltätigkeit“ der Komintern in Österreich vermehrten sich täglich⁴⁶.

Österreich lag allerdings an der Peripherie des sowjetischen Interesses, das sich vornehmlich auf den traditionellen „Erbfeind“ Moskaus konzentrierte – auf Polen. Im Frühjahr 1936 wurde an den sowjetischen Militärattaché in Paris die Frage gerichtet, wie denn die Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich oder die Tschechoslowakei intervenieren könnte. Ohne einen Augenblick zu zögern, antwortete der sowjetische Offizier: „Durch einen Angriff auf Polen“⁴⁷. Es ist bezeichnend, daß er von einem Angriff sprach, nicht von einem Durchmarsch. Drohungen, die der einflußreiche Leningrader Parteisekretär Schdanow im November 1936 an die Adresse der kleinen Nachbarstaaten der UdSSR richtete, falls sie sich sowjetischen Wünschen widersetzen, galten ganz offensichtlich vor allem Polen⁴⁸, und im Frühjahr 1936 wurde auch über die Struktur und Organisation der Kominternarbeit in Polen berichtet. Ihr Leiter soll in Moskau der Pole Lenski alias Leszczyński gewesen sein. Die Komintern hätte regelmäßig, so hieß es, erfahrene und erprobte russische Kommunisten nach Polen entsandt, darunter aktive russische Offiziere, und für Propaganda erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt⁴⁹.

In Rumänien sollen Anfang 1936 zwei Kominternagenturen bestanden haben: „Das Zentralkomitee der revolutionären Organisationen der Dobrudscha“ und die „Vereinigung Mazedonischer revolutionärer Organisationen“, die beide von Moskau vielleicht den Auftrag erhalten haben, mehrere besonders verlässliche Mitglieder der eigenen terroristischen Organisation zur Schulung nach Brünn zu entsenden⁵⁰ – die Tschechoslowakei figurierte ja in den sowjetischen Plänen von Anfang an als mitteleuropäische Zentrale der Komintern. Allerdings ist die subversive Tätigkeit in Rumänien im Sommer 1936 erheblich beeinträchtigt worden, und zwar durch den großen Kommunistenprozeß in Craiova, in dem unter den 28 Angeklagten auch die künftige rumänische Außenministerin Anna Pauker zu einer hohen Freiheitsstrafe

⁴⁶ Konsulat Innsbruck an das AA am 14. 10. 1936, in: PA/AA, Polit. Abt. II, Politische Angelegenheiten Österreichs, Po g Österreich, Bd. 1.

⁴⁷ Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et documents recueillis par la Commission d'enquête parlementaire. Rapport fait au nom de la Commission de l'Assemblée Nationale, Annexe IV, Paris 1951, S. 861.

⁴⁸ „Round us are small countries . . . We are not afraid of these little countries but if they do not mind their own business, we shall be compelled to open our borders and it will be too bad if we are compelled to use the Red Army against them“. Schdanows Rede auf der Tagung des Obersten Sowjet in Moskau am 29. 11. 1936, in: Max Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941*, Bd. II (1936–1941), Oxford 1949, S. 78.

⁴⁹ Botschafter Graf Moltke an das AA am 28. 4. 1936, in: PA/AA Polen Pol 19, Bolschewismus in Polen, Bd. 1.

⁵⁰ Geschäftsträger Pochhammer an das AA am 12. 3. 1936, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, Pol 19 Tschechoslowakei, Bolschewismus in der Tschechoslowakei, Bd. 1, 343/5.

verurteilt wurde, insbesondere wegen Gründung von Zellen „ganz nach Moskauer Rezept“⁵¹.

In der Tschechoslowakei selbst aktivierte die Komintern ihre Arbeit erst ab Sommer 1937. Eröffnet wurde die Verstärkung mit einer geheimen internationalen kommunistischen Konferenz zwischen dem 4. und 6. Juni 1937 in Brünn, wo sich die Leitung der tschechoslowakischen Expositur der Komintern befand; unter dem Vorsitz Gottwalds nahmen an ihr 29 Funktionäre der Komintern teil, darunter Willy Münzenberg und Eugen Kagan⁵². Obwohl ihr nicht zuviel Gewicht beigemessen werden darf, wie auch die deutschen Diplomaten in Brünn unterstrichen, stellte die Konferenz ohne Zweifel den Einleitungsakt einer intensivierten und konzentrierten Kominternarbeit in der Tschechoslowakei dar. Dort entwickelte sich ab Juni 1937 mit Sitz in Brünn und unter der lediglich nominellen Führung Gottwalds die mitteleuropäische Zentrale der Komintern-Organisation, zu deren Aufbau Moskau schon Ende 1936 Béla Kun und Pjatnitckij in die ČSR entsandt hatte. Filialen der Brünnener Zentrale befanden sich in Olmütz, Ostrau und Freiwaldau. Sie besaß in Brünn ein großes Haus, in dem unter der Tarnung der „Roten Hilfe“ die sowjetischen Emisäre der Komintern logierten, von denen mit Namen nur ein bis 1935 in Berlin tätiger Wolskij bekannt war⁵³. Ende September 1937 wurde dieser Komintern-Expositur der reichsdeutsche Emigrant Theodor Reitler, der seit 1933 in Moskau lebte, als „Spezialreferent“ direkt vom EKKI zugeteilt⁵⁴.

Bedauerlicherweise sind die Quellenaussagen so dürftig, daß wir nicht in der Lage sind, den Charakter, die Methoden, die Strategie, die Zielgruppen und den konkreten Ablauf der subversiven Kominternaktivität in der ČSR zu spezifizieren. Dennoch ist es durchaus möglich, den wahren Kern und das Endziel dieser Aktivität aus authentischer sowjetischer Aussage herauszufinden. Im Sommer 1937, zur Zeit der intensivsten Entfaltung der Komintern-tätigkeit in der Tschechoslowakei, soll der sowjetische Verteidigungskommissar, Marschall Woroschilow, in einer Sitzung des Moskauer Politbüros erklärt haben, daß „in nicht allzu ferner Zeit der Boden der Tschechoslowakei unter den Tritten der Roten Armee erzittern werde; dann sei der Moment der Befreiung des Proletariats in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen gekommen“. Die Redewendung „der Boden wird erzittern“ läßt den Schluß zu, daß Woroschilow nicht daran dachte, die künftige sowjetische militärische Präsenz in der Tschechoslowakei lediglich als Entsendung eines Expeditionskorps zur Unterstützung und Verteidigung des Verbündeten ČSR gegen einen Nazi-Angriff zu verstehen; vielmehr sah er sie als Einmarsch in einen feindlichen Staat, in den die Sowjetisierung auf sowjetischen Bajonetten hineingetragen werden müsse. Eine sol-

⁵¹ Gesandter Fabricius an das AA am 19. 8. 1936, in: PA/AA, Polit. Abt. IV, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Pol 5 Rumänien, Bd. 1.

⁵² Gestapo an das AA am 28. 7. 1937 und Konsulat Brünn an das AA am 12. 8. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in der Tschechoslowakei, Pol 19 Tschechoslowakei, Bd. 1.

⁵³ Deutsche Gesandtschaft an das AA am 16. 11. 1937, in: PA/AA, ebenda.

⁵⁴ Eisenlohr an das AA am 3. 12. 1937, in: PA/AA, ebenda.

che Deutung erlauben auch folgende Sätze Woroschilows: „Im Kriegsfall kann sich die [sowjetische] Kommunistische Partei auch Mittel bedienen, auf die andere Staaten sonst verzichten. Zur Aufrichtung der Volksherrschaft ist aber jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspricht.“ Unter dem Begriff „Volksherrschaft“ ist im Kontext der Aussage natürlich „Sowjetmacht“ zu verstehen, ebenso wie „Befreiung des Proletariats“ nur Sowjetisierung bedeuten kann – und zwar in ganz Mitteleuropa. Denn Woroschilow soll abschließend gesagt haben: „Im Falle des Einmarsches der Roten Armee in die Tschechoslowakei und einer Erhebung des Proletariats in den Nachbarstaaten der ČSR denken wir an die Errichtung einer großen Donaurepublik (Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Österreich und Nordjugoslawien) unter tschechischer Führung und an eine Balkanrepublik“⁵⁵ – beide Gebilde selbstverständlich als Sowjetrepubliken verstanden.

Es wäre durchaus verfehlt, dieses Dokument seiner zweifelhaften Herkunft wegen als eine Fälschung abzutun, denn ein Jahr später sollte die Authentizität der Prognosen Woroschilows mehrfach von weiteren sowjetischen „Gebrauchsanweisungen“ bestätigt werden, wie noch zu sehen sein wird. Zweifellos hat hier Woroschilow ein sorgfältig ausgearbeitetes, konkretes Sowjetisierungsprogramm für ganz Mitteleuropa vorgelegt. Als Methode zu dessen Realisierung beschrieb er den Mißbrauch der sowjetischen militärischen Hilfeleistung an die ČSR bzw. die Umfunktionalisierung – mit sowjetischer „Hilfe“ – eines Verteidigungskriegs in einen Bürgerkrieg, an dessen Ende die Etablierung der Sowjetmacht zu stehen hatte. Dabei ließ er durchblicken, daß die Tschechoslowakei, infolge der Rolle der KPČ als Agentur Moskaus, die Vorhut in der „Neuorganisation“ des sowjetisierten Mitteleuropa spielen konnte. Indirekt werden Woroschilows Verkündigungen dadurch bekräftigt, daß sieben Monate später, Anfang März 1938, Gottwald und die Politbüromitglieder Kopecký, Šverma und Synek nach Moskau zitiert wurden, um vor der Kominternführung, die mit dem ungenügenden Sowjetisierungseinsatz der KPČ-Führung „äußerst unzufrieden“ war, Rechenschaft abzulegen⁵⁶. Dies verrät deutlich, welche Rolle die Komintern der KPČ in der Vorbereitung der Sowjetisierung zugeordnet hatte bzw. daß die kommunistische Machtergreifung in Prag, für die nach Moskauer Ansicht von der KPČ zu wenig getan wurde, in den sowjetischen Kalkulationen als wichtiger Bestandteil figurierte. Schließlich findet sich eine direkte Bestätigung der von Woroschilow skizzierten Perspektive darin, daß man in Moskau schon Ende Januar 1937 von einem in der Art Spaniens „halb auswärtigen Krieg“ in der Tschechoslowakei sprach, der aus einem durch „Angriff von außen entfesselten Bürgerkrieg“ entstehen werde⁵⁷.

⁵⁵ Gestapo (Müller) an das AA am 10. 11. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. II – Verschuß 73 Po g Rußland, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4; hier abgedruckt als Anhang 2.

⁵⁶ Eisenlohr an das AA am 16. 3. 1938, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Pol 19 Tschechoslowakei, Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in der Tschechoslowakei, Bd. 1.

⁵⁷ Der USA-Botschafter Davies an das State Department am 1. 2. 1937 (Memorandum über sein Gespräch mit Neymann vom Volkskommissariat des Auswärtigen), in: Joseph E. Davies, Als USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 41 ff.

Doch damit nicht genug. Auch die bereits erwähnte, von den Briten angenommene gesamteuropäische Dimension der Sowjetisierungspläne Moskaus findet in Woroschilows Aussage ihren Niederschlag; er soll seiner Erläuterung des Sowjetisierungsprogrammes für Mitteleuropa den Satz angeschlossen haben: „Die Volksrepublik [d. h. die Sowjetrepublik, I. P.] Frankreich soll sich über Belgien, Holland, Schweiz, Vorarlberg, Tirol und Norditalien erstrecken.“⁵⁸ Demnach lag es in sowjetischer Absicht, über die Sowjetisierung Mitteleuropas weit hinauszugehen, den mitteleuropäischen Krieg, in dem Frankreich engagiert gewesen wäre, zur Sowjetisierung ganz Westeuropas zu mißbrauchen und militärisch und machtpolitisch bis zum Ärmelkanal vorzurücken. Der Vorbereitung einer derartigen Operation sollte offenbar der sowjetische Plan dienen, im Kriegsfall sowjetische Landtruppen in beträchtlicher Stärke nach Frankreich zu entsenden, den der Sowjetbotschafter in Paris, Potëmkin, am 17. Februar 1937 im Quai d'Orsay überreichte⁵⁹. Dieser Plan klingt zunächst absurd – der Kriegsschauplatz wäre schließlich in Mitteleuropa gewesen, und dort hätte sich eine sowjetische Militärintervention abspielen müssen – doch im Blick auf das sowjetische Ziel, in ganz Westeuropa Sowjetrepubliken zu errichten, erscheint er nur als logisch.

Die Sowjetisierung Westeuropas sollte nach den Vorstellungen Moskaus zusätzlich an der französischen Südflanke gestützt werden, und zwar durch den Mißbrauch des Spanischen Bürgerkrieges zur Errichtung einer Sowjetrepublik in Katalonien (höchstwahrscheinlich unter Einbeziehung des Baskenlandes), die man sich als integralen Bestandteil der Sowjetunion dachte⁶⁰. Hierbei handelt es sich keineswegs um das Produkt der Phantasie Berliner Antikommunisten. Auch der amerikanische Botschafter in Rom sprach davon, daß Katalonien sich „zur schlimmsten kommunistischen Stelle mit unseligen Rückwirkungen auf sonstige Teile Europas“ entwickeln werde. Es bestehe die Gefahr „eines kommunistischen Staates im Mittelmeer“, da die sowjetische militärische Präsenz in Spanien das Ziel verfolge, einen solchen Staat in Katalonien zu errichten⁶¹. Der amerikanische Botschafter in Berlin wußte ebenfalls von Vorbereitungen für die „Gründung eines Sowjetstaates im Mit-

⁵⁸ Gestapo (Müller) an das AA am 10. 11. 1937, in: PA/AA, Polit. Abr. II – Verschuß 73 Po g Rußland, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4.

⁵⁹ Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Bd. IX, Paris 1950, S. 2743; Maurice G. Gameelin, Servir, T. II, Paris 1946, S. 285 ff.; Paul Reynaud, Au coeur de la mêlée 1930–1945, Paris 1951, S. 189; Pierre Cot, Le Procès de la République, T. II, New York 1944, S. 348 ff.; Der ČSR-Gesandte Osuský an Krofta am 1. 3. 1937, in: AMZV Prag, Kab. 1937, Nr. 1109.

⁶⁰ „Man ist in Berlin davon überzeugt, daß Rußland unter allen Umständen versuchen wird, den Kampf in Spanien zu seinen Gunsten zu entscheiden, zum mindesten aber eine Sowjetrepublik Katalonien zu schaffen. Diese werde als direkter Bestandteil der Union der Sowjetrepubliken unmittelbar Moskau unterstehen. Es würde also nicht ein neuer Staat in Spanien erwachsen, sondern Rußland nicht nur de facto, sondern auch ganz formell auf der Spanischen Halbinsel Fuß fassen“. In: BA, Informationsbericht Nr. 44, Berlin 15. 11. 1936, Sammlung Brammer, ZSg 101/29, fol. 467 f.

⁶¹ Philips an das State Department, Rom 29. und 31. 10. 1936, in: FRUS 1936/II, Washington 1954, S. 548, 550.

telmeer“ zu berichten⁶², und auch sein Londoner Kollege registrierte das sowjetische Bestreben, die Schaffung „eines unabhängigen katalonischen Staates“ zu benutzen, um sich des neuen Staatsgebildes ganz zu bemächtigen⁶³. Daß Moskau die Einverleibung Nordspaniens beabsichtigt habe, um Frankreich in die Zange zu nehmen, klingt weniger phantastisch, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß Stalin mit seinem Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg von Anfang an in erster Linie die Sowjetisierung des spanischen politischen Systems verfolgte⁶⁴. Die sowjetische Intervention in Spanien wurde nicht von einem militärischen, sondern von einem politischen Kalkül geleitet, und sie galt nicht dem Faschismus, sondern dem politischen und sozialen System der Spanischen Republik. Was viele, die an der republikanischen Front gedient haben, über die Funktion der sowjetischen Kommissare bei der Verfolgung und Liquidierung unabhängiger nichtkommunistischer Gruppierungen der marxistischen sowie der anarchistischen Linken, etwa POUM, aussagten⁶⁵, wirft ein ebenso seltsames Licht auf die Sowjethilfe wie die Berichte über die brutalen Methoden von Sowjetagenten bei der Etablierung stalinistischer Positionen in der spanischen Armee und im spanischen Staatsapparat⁶⁶. Die bittere Erfahrung vieler Spanienkämpfer lautet, daß sie sich in Spanien mehr den expansiven Sowjetisierungsinteressen Moskaus geopfert und weniger der Verteidigung der Republik gegen den Faschismus gedient hatten⁶⁷. Und die von den Sowjets in Spanien praktizierten Methoden liefern genügend Hinweise darauf, wie die geplante Sowjetisierung Westeuropas vor sich gegangen wäre.

Doch zurück zu Mitteleuropa in der zweiten Jahreshälfte 1937. Der tschechoslowakische Militärattaché in Berlin, Oberst Hron, scheint im November 1937 Sowjetisierungsgänge gehegt zu haben; jedenfalls erklärte er, daß ihm „die französische Hilfe viel lieber ist als die sowjetische“⁶⁸. Anfang Januar 1938 sagten zwei in der ČSR wegen Spionage verhaftete Deutsche aus, sie arbeiteten nachrichtendienstlich für die Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei. „Nie haben wir uns Illusionen gemacht über die tatsächliche Haltung des sowjetischen Geheimdienstes uns gegen-

⁶² Dodd an das State Department am 3. 11. 1936, in: FRUS, ebenda, S. 550.

⁶³ Bingham an das State Department am 19. 11. 1936, in: FRUS, ebenda, S. 560.

⁶⁴ Donald T. Catell, *Soviet Diplomacy and the Spanish Civil War*, Berkeley 1957.

⁶⁵ Karl Landau, *Le stalinisme en Espagne*, Paris 1938; George Orwell, *Homage to Catalonia*, London 1938; Segismundo Casado, *The last days of Madrid*, London 1939.

⁶⁶ Casado, *Last days*; Julian Gorkin (Gomez), *Canibales políticos. Hitler y Stalin en España*, Mexico City 1941; Alexander Orlov, *The Secret History of Stalin Crimes*, London 1954.

⁶⁷ José Hernandez, *Le grande trahison*, Paris 1954; Lew Trotzki, *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien*, Bd. I, Frankfurt a. M. 1975. Den „Export stalinistischer Methoden“ und „die stalinistische Dominanz mit ihren Scheußlichkeiten“ bezeugt Willy Brandt, *Barcelona 1937 – Madrid 1977*, in: L 76, Nr. 3 (1977), S. 58 f.

⁶⁸ Undatierte Aufzeichnung für Ribbentrop (wahrscheinlich von Anfang November 1937), in: PA/AA, Dienststelle Ribbentrop, Vertrauliche Berichte 1935–1939, Bd. I/1.

über“, kommentierte Oberst Moravec, Chef des Prager militärische Nachrichtendienstes⁶⁹. Es sind in erster Linie britische Diplomaten gewesen, die im Laufe der zweiten Jahreshälfte 1937 immer wieder vor den aus Moskau drohenden Gefahren warnten. So äußerte Eden im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in London den Argwohn, die Sowjetunion wolle die kapitalistischen Staaten in einen Krieg gegeneinander verwickeln, um endlich als „tertius gaudens“ in Europa triumphieren zu können⁷⁰. So erklärte Ende Dezember 1937 ein anderer britischer Diplomat: „Rußland wird immer versuchen, in trüben Gewässer zu fischen, und wird ein schlechter und treuloser Verbündeter sein.“⁷¹ Ende November 1937 machte selbst Beneš auf die Gefahr einer Teilung Europas in eine deutsche und eine sowjetische Machtsphäre aufmerksam: „Er hoffe, daß eine Einigung Deutschlands und Rußlands noch lange auf sich warten lasse, denn eine solche Einigung wäre das Schlimmste, was Europa passieren könne. Sie würde nicht mehr und nicht weniger als eine Aufteilung Europas in Interessenzonen bedeuten.“⁷² Zu dieser genauen Prognose der Situation von 1939–1940 kehrte Beneš noch einmal zurück, als er, drei Monate später, gegenüber dem amerikanischen Gesandten erklärte, die Aufrechterhaltung der französischen Beziehungen zur Sowjetunion sei eine Notwendigkeit, weil nur so die Bemühungen Deutschlands blockiert werden könnten, die UdSSR zu isolieren und danach ein deutsch-sowjetisches Abkommen zu erreichen, das die Teilung Europas in eine deutsche und eine sowjetische Sphäre und folglich die Zerstörung der Unabhängigkeit aller kleineren Staaten Mitteleuropas bringen würde⁷³. Diese Aussicht stellte für Beneš tatsächlich einen Alptraum dar; er sah die Eigenständigkeit Mitteleuropas nicht nur im deutschen, sondern auch im sowjetischen Meer versinken.

Die sowjetischen Führer selbst haben zur selben Zeit öffentlich ihre Sowjetisierungspläne angekündigt⁷⁴. Am 15. Februar 1938 bestätigte Stalin persönlich auf recht provokative Weise die Gültigkeit des weltrevolutionären Programms der

⁶⁹ Master of Spies. The Memoirs of General Moravec, London 1975, S. 112; František Moravec, Špión, jemuž nevěřili (Der Spion, dem man nicht glaubte), Toronto 1977, S. 160f. Beide Spione sind auf tschechoslowakische Intervention hin der Prager Gesandtschaft der UdSSR zur „Untersuchung“ übergeben worden und Moskau ignorierte ostentativ das mehrfache Ersuchen Prags, den Vorfall zu erklären.

⁷⁰ Bingham an das State Department am 1. 6. 1937, in: FRUS 1937/I, Washington 1954, S. 318.

⁷¹ James T. Henderson vom Far Eastern Department des FO am 23. 12. 1937, in: PRO London, FO 371, Vol. 20691, N 4819.

⁷² Papen an Hitler über das Gespräch des österreichischen Gesandten in Prag, Marek, mit Beneš am 1. 12. 1937, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, Baden-Baden 1950, Nr. 25, S. 51 f.

⁷³ „Germany is trying to isolate Russia from Western Europe. If it should succeed in doing so, it would promptly turn round and endeavour to enter in an agreement with Russia. If this should be attended with success, all Central Europe would be at the mercy of these two Powers and the independence of the several states of this area would cease to exist“. Carr an das State Department am 1. 3. 1938; in: FRUS 1938/I, Washington 1955, S. 31.

⁷⁴ Über Molotows scharf antifranzösische Rede auf der Sitzung des Obersten Sowjet am 19. 1. 1938 vgl. Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958, S. 36.

Sowjetunion, indem er mittels einer Zeitungsantwort auf den fingierten Brief eines anonymen Arbeiters „jede Art der Hilfe der Arbeiterklasse unseres Landes für die Arbeiterklasse bürgerlicher Länder“ versprach – eine Formulierung, die im sowjetischen Parteichinesisch Unterstützung des Kampfes für die Errichtung der Sowjetmacht bedeutete⁷⁵. Der britische Gesandte in Warschau interpretierte Stalins ungewöhnliche Äußerung als Beginn einer Intensivierung der Kominternaktivität, möglicherweise unter Androhung militärischen Eingreifens, und er machte darauf aufmerksam, daß Stalin diesmal nicht zwischen faschistischen und demokratischen nichtkommunistischen Ländern differenziert habe, wie es seit dem VII. Kominternkongreß Brauch sei. Der Gesandte verstand nun auch die sowjetische Aufrüstung als Mittel für die Expansion der Sowjetmacht in andere Länder und erblickte in Stalins Ausführungen eine weitgehende Diskreditierung Litwinows, der im Völkerbund das sowjetische Interesse an kollektiver Sicherheit und friedlicher Koexistenz versicherte⁷⁶. Einen Monat später gelangte in deutsche Hände ausführliches vertrauliches Material über Organisation, Aktivitätsformen und Wirkungsbereich der tschechoslowakischen Agentur der Komintern, die mit den Vorbereitungen zur Sowjetisierung Polens, Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens und Süddeutschlands beauftragt war. An der Tätigkeit der Agentur, die „Agenten zur Vorbereitung des Umsturzes“ insbesondere nach Polen entsandte und „Instruktionskurse für Agitatoren“, die dann nach Polen gingen, in Prag, Brünn, Ostrau, Sillein, Čadca, Ungvár, Munkatsch und Trinec veranstaltete, beteiligten sich auch zwölf Abgeordnete der KPČ, also vierzig Prozent ihrer gesamten Parlamentsvertretung. Die KPČ besaß im Rahmen der Agentur spezielle Referate für jeden der genannten Staaten, und ihre Zentralstellung in der Agentur verlieh ihr „weit größere Bedeutung als nur die eines brauchbaren Werkzeuges und Vollstreckers der Direktiven des Kominternbüros“, verstand sie es doch, in der Tschechoslowakei „für die Komintern ein Ausfalltor gegen Polen und andere Staaten“ aufzubauen⁷⁷. Wußten die tschechoslowakischen Behörden davon? Wir wissen es nicht genau. Zwar hat der antitschechisch voreingekommene britische Geschäftsträger in Prag die tschechoslowakische Regierung und namentlich Beneš bezichtigt, von der Aktivität der Komintern in der ČSR zu wissen

⁷⁵ „We must strengthen and reinforce the international proletarian ties of the working class of the USSR with the working class of bourgeois countries; we must organize political help of the working class of bourgeois countries for the working class of our country in the event of military attack on our country, just as we must organize every kind of help from the working class of our country for the working class of bourgeois countries“. Open Letter by Stalin on the Position of the Soviet State in a Capitalist Encirclement, *Izwestija* 15. 2. 1938, in: Degras, *Communist International*, S. 274 f. In seiner Rede vor dem Völkerbundplenium am 21. 9. 1937 versuchte Litwinow die Sowjetunion von dem Verdacht ihrer Sowjetisierungsziele reinzuwaschen, seine Ausführungen klangen jedoch zu matt; Degras, ebenda, S. 259.

⁷⁶ Kennard an Eden am 18. 2. 1938, in: PRO London, FO 371, Vol. 22288, N 898.

⁷⁷ „Antipolnische umstürzlerische Zentrale in der Tschechoslowakei“: Eisenlohr an das AA am 21. 3. 1938, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Pol Tschechoslowakei, Bd. 1.

und sie wohlwollend zu dulden⁷⁸, jedoch stellte das sein Missionschef als „ludicrous“ ganz entschieden in Abrede⁷⁹.

Das halbe Jahr nach dem Anschluß Österreichs brachte in die Pläne Moskaus für die Sowjetisierung Mitteleuropas neue Akzente. Auf einer Konferenz Stalins mit Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow, Litwinow und Alexandrowski, die im Kreml zwischen dem 22. und 27. April 1938 stattfand, empfahl Alexandrowski nachdrücklich, keine konkreten Militärabsprachen mit Prag zu treffen, denn „es sei für die Sowjetunion unerträglich, Territorialkonzessionen an Rumänien zu machen, nur um dem französischen Sicherheitssystem in Mitteleuropa Hilfe angedeihen zu lassen“⁸⁰ – also keine Hilfe für ein System, das der Sowjetisierung im Wege stand. Daß sich Moskau während der Maikrise 1938 von der Tschechoslowakei in der Tat deshalb distanzierte, weil die ČSR noch nicht sowjetisiert war, vermutete der deutsche Botschafter in Moskau, der sagte, daß die Sowjetregierung wohl kaum „die Rote Armee zur Verteidigung eines bürgerlichen Staates marschieren lassen wird“⁸¹. Die KPČ, von der Komintern mit der Machtergreifung in Prag als einem ersten Schritt zur Sowjetisierung der ČSR beauftragt, arbeitete daran, diesen „Nachteil“ zu korrigieren. Wie Gottwald nachträglich erklärte, hatte die KPČ nach der tschechoslowakischen Teilmobilmachung vom 20. Mai 1938 geplant, einen Krieg mit Deutschland „in einen nationalrevolutionären Krieg umzuwandeln“⁸² – in einen Bürgerkrieg also –, und die Bildung einer „jakobinischen Regierung der Nationalverteidigung mit kommunistischer Mehrheit“ vorgesehen, die dann die Sowjetmacht im Staat installieren sollte⁸³. Die schnelle Beilegung der Maikrise ließ solche Pläne freilich gegenstandslos werden.

Dennoch versuchte Moskau, die Maikrise zu einer neuen Initiative zu nutzen.

⁷⁸ „Confidential. Czechoslovakia as a Base for Comintern Activity“: Hadow an das FO (Norton, Southern Depart.) am 8. 10. 1936, in: PRO London, FO 371, Vol. 20375, R 6060; Hadow an Eden (Annual Report for 1936) am 19. 2. 1937, in: ebenda, FO 371, Vol. 21134, R 1519.

⁷⁹ Bentinck an Eden am 10. 1. 1937, in: ebenda, FO 371, Vol. 21126, R 466. Angesichts der streng konspirativen Praxis der Kominternätigkeit ist diese Ansicht plausibel, um so mehr, als die Aufmerksamkeit des tschechoslowakischen Verfassungsschutzes zu dieser Zeit schon überwiegend auf die Nazi-Irredenta im Sudetengebiet konzentriert war.

⁸⁰ Der ČSR-Gesandte Fierlinger an Krofta am 24. und 28. 4. 1938, in: AMZV Prag, Eingänge Nr. 378 und 380; Bulgarischer Gesandter nach Sofia am 27. 4. 1938, in: Centralen Državen istoričeski archiv Sofia, 176/7 – 777/38, Bestand Außenministerium. Über die Beratung im Kreml gibt es auch eine Version des französischen Botschafters Coulondre, in der jegliche Erwähnung über Alexandrowskis Auslassungen fehlt. Warum übermittelte Fierlinger sie nach Prag, verschwieg sie jedoch vor Coulondre? – Mit den „Territorialkonzessionen“ meinte Alexandrowski die sowjetische Garantie der Integrität Bessarabiens, die Rumänien als Vorbedingung für seine Bewilligung des russischen Durchmarsches in die ČSR verlangte; in: DDF, 2e Série, Bd. IX, Paris 1974, S. 471 f.

⁸¹ „Verhalten der Sowjetregierung während der tschechoslowakischen Krise“: Botschafter Graf Schulenburg an das AA am 22. 6. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 336–339, hier S. 339.

⁸² Gottwalds Rede auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: Čtělí jsme bojovat (Wir wollen kämpfen), Bd. II, Prag 1963, Nr. 487, S. 397–412, hier S. 403.

⁸³ Die Rede des KPČ-Abgeordneten Gustav Kliment auf einer vertraulichen Parteiversammlung in Ostrau am 21. 5. 1938, in: SÚA Prag, Az. 21415/38, 87/23, PP 1931–1940.

Am 27. Mai 1938 erklärte Litwinow gegenüber dem französischen Botschafter Coulondre: „Ich hätte gerne gewußt, was Frankreich als Bundesgenosse Polens tun würde, wenn Polen nach einem Angriff auf die Tschechoslowakei seinerseits von der Sowjetunion angegriffen würde?“ Damit ließ Litwinow zum erstenmal offen durchblicken, daß für die UdSSR eigene Aspirationen auf Polen hinter der tschechoslowakischen Frage standen. Der bestürzte Coulondre verließ Litwinow mit dem Ausruf „Die UdSSR hat also ein militärisches Vorgehen gegen Polen ins Auge gefaßt!“ und verstand Litwinows Frage als Andeutung einer sowjetischen Liaison mit Deutschland, denn der Kreml „sieht in Polen ein Schlachtfeld oder ein Objekt zur Verständigung mit Deutschland“: ein sowjetischer Überfall auf Polen sei nur denkbar, wenn sich die Sowjetunion vorher mit Berlin verständigt habe⁸⁴.

Daß Litwinow seine Frage toderntst gemeint hatte, beweist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Am 5. Juni wiederholte Botschafter Suric in Paris offiziell die Frage an Coulondre vom 27. Mai. Litwinows Versuch, die von ihm verlangten Militärgespräche mit Paris zugunsten einer expansiven Großmachtspolitik Moskaus umzufunktionieren, stieß bei der bestürzten französischen Diplomatie auf klare Ablehnung. Bonnet, der keineswegs in Erwägung zog, den französisch-polnischen Pakt aufzugeben, worauf Litwinows Frage hinzielte⁸⁵, antwortete kühl, die Sowjetunion sei schließlich zu einer Waffenhilfe an die Tschechoslowakei nur dann verpflichtet, wenn auch Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der ČSR erfülle. Als Coulondre am 8. Juni Litwinow diese Antwort überbrachte, komplizierte der sowjetische Außenkommissar die Sache noch mehr. „Das ist durchaus richtig“, so erklärte er. „Es besteht aber noch die Möglichkeit, daß die UdSSR aus dem einen oder anderen Grunde eingreift, ohne daß sich Frankreich gerührt hat.“⁸⁶ Da Litwinow zugleich mit keinem Wort auf die sowjetischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs einging, kann kein Zweifel daran bestehen, daß er mit seinem Satz nicht einen Alleingang der Sowjetunion zur Verteidigung der ČSR meinte, sondern ein sowjetisches Vorgehen zur Okkupation Polens im Einvernehmen mit dem Dritten Reich. Denn er muß sich darüber im klaren gewesen sein, daß Polen einen Angriff auf die Tschechoslowakei nur nach einem deutschen Angriff, den er jedoch gar nicht erwähnte, wagen konnte. Welch anderen sowjetischen Alleingang kann er im Sinn gehabt haben als den Mißbrauch des deutsch-tschechoslowakischen Krieges zum isolierten Angriff auf Polen?

So kann es nicht überraschen, daß der Appell, den der amerikanische Botschafter in Paris während der Maikrise an Roosevelt richtete, die tschechoslowakische Frage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen, von dem Wunsch motiviert war, „die Bolschewisten jenseits der Sümpfe zu lassen, welche die Sowjetunion

⁸⁴ Robert Coulondre, *Von Moskau nach Berlin 1936–1939*, Bonn 1950, S. 221; Celovsky, *Münchener Abkommen*, S. 207.

⁸⁵ Litwinow wollte erzielen, daß „Frankreich zuerst den französisch-polnischen Pakt kündigte und danach der UdSSR volle Handlungsfreiheit gegenüber Polen zusicherte“, urteilt richtig Sven Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941*, Bern/München 1974, S. 82.

⁸⁶ Coulondre, *Von Moskau nach Berlin*, S. 222.

von Europa trennen und dessen eigentliche Ostgrenze bilden⁸⁷. Daladier erwartete von der sowjetischen Unterstützung der Tschechoslowakei gegen Hitler: „In die menschenleeren, verödeten Kriegsgebiete würden dann Kosaken- und Mongolenherden einziehen und Europa eine neue ‚Kultur‘ bringen. Dies müsse verhütet werden, auch wenn es große Opfer koste.“⁸⁸ Man darf freilich nicht übersehen, daß die Furcht vor der Sowjetisierung den westlichen Staatsmännern und Diplomaten auch als Rechtfertigung der Beschwichtigung Hitlers auf Kosten der ČSR diente.

Doch Litwinow hörte selbst nach der französischen Absage nicht auf, seine „Initiative“ zu wiederholen und dabei Prag über den Hintergrund seiner Fragen zu täuschen. Am 9. Juni sprach er gegenüber Fierlinger und Coulondre nicht mehr von einer sowjetischen Invasion Polens, sondern von einer sowjetischen Hilfeleistung an die Tschechoslowakei, sollte diese von Polen angegriffen werden. Coulondre mußte natürlich zugeben, daß in solchem Falle der Bündnispakt Paris-Warschau ungültig würde, fragte jedoch verwundert, weshalb denn Litwinow eigentlich mit einer derartigen Hypothese herausrücke⁸⁹. Ebenso wurde in Paris Osuský von Surić über den wahren Sinn der sowjetischen Anfrage irregeführt. Er persönlich habe im Quai d'Orsay nur die Einstellung Frankreichs für den Fall sondieren wollen, daß auch Polen die Tschechoslowakei angreife; nach Meinung des falsch informierten Czernin-Palais bemühten sich also die Sowjets keineswegs um die Erkundung der französischen Einstellung hinsichtlich einer sowjetischen Invasion Polens, sondern lediglich im Hinblick auf einen polnischen Überfall auf die ČSR, der mit der deutschen Aggression koordiniert sei⁹⁰. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal betrieb Moskau gegenüber Paris und Prag ein Doppelspiel, um bei seinen Verbündeten entgegengesetzte, sich wechselseitig ausschließende Auffassungen und Ungewißheit zu nähren.

Die westlichen Beobachter waren sich im politisch brisanten Hochsommer 1938 darin einig, daß sowjetische Hilfe für die Tschechoslowakei mit deren Sowjetisierung identisch wäre. So arbeitete Chilston eine komparative Studie aus, um festzustellen, ob für Großbritannien der Nationalsozialismus oder der Bolschewismus gefährlicher sei. Er wertete die nazistische Gefahr als akut, erklärte aber den Bolschewismus in langfristiger Perspektive für gefährlicher⁹¹. Diese Einstellung war typisch für die britische Politik. Dementsprechend ist Chamberlains Ausspruch

⁸⁷ Bullitt an Roosevelt am 22. 5. 1938, in: FRUS 1938/I, Washington 1955, S. 509.

⁸⁸ Botschafter Graf Welzeck an das AA am 23. 5. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 258.

⁸⁹ Fierlinger an das MZV am 18. 6. 1938, in: AMZV Prag, Moskau 1938, NR. 74/90494/II/38. Angesichts von Fierlingers bekannter, tendenziös sowjetfreundlicher Berichterstattung ist es jedoch keineswegs auszuschließen, daß er Litwinows Ausdrucksweise verfälscht hat, um in Prag nicht Beunruhigung wegen der polnischen Invasionsabsichten Moskaus hervorzurufen. Dafür spräche der ganz anders lautende Bericht Coulondres über das gleiche Gespräch, wonach Litwinow die Möglichkeit einer selbständigen Intervention, doch nicht gegen Deutschland, sondern gegen Polen, andeutete; in: DDF, 2e Série, Bd. X, Paris 1976, S. 6.

⁹⁰ Krofta an Fierlinger am 26. 6. 1938, in: AMZV Prag, Kab. 1938, Nr. 2349.

⁹¹ Chilston an Vansittart am 11. 6. 1938, in: PRO London, FO 371, Vol. 22288, R 3621.

gegenüber Daladier zu deuten, der im Sommer 1938 in Paris zirkulierte: „Es wäre ein Unglück, wenn die Tschechoslowakei mit Sowjethilfe gerettet würde.“⁹² Schulenburg begründete Ende August die deutliche Reduzierung der sowjetischen Hilfsbereitschaft mit dem Bestreben, am Schluß des Krieges über eine „intakte Armee“ zu verfügen, damit die UdSSR am Kriegsende „der einzige Nutznießer“ sein werde⁹³. Bezeichnend war auch Coulondres Erklärung gegenüber Schulenburg aus den gleichen Tagen: „Ich hoffe von Herzen, daß es zu keinem deutsch-französischen Konflikt kommt. Sie wissen ebenso gut wie ich, für wen wir arbeiteten, wenn wir uns in die Haare geraten.“⁹⁴ Ebenso erwartete Bullitt in Paris am 31. August, die Sowjetunion werde sich in einer allgemeinen Konflagration so wenig wie möglich engagieren, um nach Kriegsende das erschöpfte Europa in eine Revolution stürzen zu können⁹⁵.

Die tschechoslowakische Führung sah die Sowjetisierungsfahr ebenfalls und daher war ihre Haltung widersprüchlich: Einerseits wünschte sie die sowjetische Intervention im erwarteten Krieg mit Deutschland, andererseits fürchtete sie die Präsenz der Sowjetarmee im Lande. Diese Angst formulierte General Syrový, der Generalinspekteur der ČSR-Armee: „Wir wünschen nicht, die Russen hier zu haben. Wir werden sie nie wieder herausbringen können.“⁹⁶ Auch bei Beneš selbst ist der Widerspruch zu beobachten: So kritisierte Bonnet Mitte Juli mit Recht Beneš „gefährliches“ Interesse an der Sowjethilfe⁹⁷, andererseits wünschte auch Beneš keine Präsenz sowjetischer Landstreitkräfte auf tschechoslowakischem Territorium und wollte die Sowjethilfe auf die Entsendung von Luftstreitkräften beschränken⁹⁸. Nicht zuletzt sollten, so wurde vermutet, Angehörige der ČSR-Armee für Moskaus Bestrebungen eingespannt werden; so jedenfalls ein sonst freilich nicht verifizierbarer Bericht der deutschen Abwehr, wonach vierhundert bis fünfhundert nicht näher bezeichnete „Tschechen“ in die UdSSR entsandt werden sollten, um in Kiew von der NKVD „für Sonderdienste“ im Kriegsfall ausgebildet zu werden. Für die regelrechte „politische Schulung“ seien insbesondere Leute aus der Karpatho-Ukraine vorgesehen, die den Kern des „politischen Personals“, das dem sowjetischen Aufmarschstab zugeteilt werden solle, zu stellen hätten; andere Teilnehmer an diesen Kursen würden noch vor Kriegsausbruch in die Tschechoslowakei zurückkehren⁹⁹.

⁹² Bernd-Jürgen Wendt, München 1938: England zwischen Hitler und Preußen, Frankfurt 1965, S. 109.

⁹³ Schulenburg an das AA am 26. 8. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, Nr. 396, S. 503; Aufzeichnung Asthon-Gwatkins vom 26. 8. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, London 1949, S. 167; Chilston an L. Collier im FO am 23. 8. 1938, in: DBFP, ebenda, S. 140.

⁹⁴ Schulenburg an Unterstaatssekretär Woermann am 22. 8. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 479 f.

⁹⁵ Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 219.

⁹⁶ John W. Wheeler-Bennet, Munich: Prologue to Tragedy, London 1948, S. 81.

⁹⁷ Phipps an Halifax am 16. 7. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 502.

⁹⁸ Václav Král, Historická literatura o Mnichovu (Historische Literatur über München), in: ČsČH 22 (1974), S. 40 f.

⁹⁹ Agenturmeldung der Abwehr vom 15. 8. 1938, Allg. Wehrmachtsamt, in: Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg (BA/MA) RW 6, Bd. 104.

Dieser Bericht klingt phantastisch, und die hohe Personenzahl scheint in der Tat erheblich übertrieben; auch dürfte es sich wohl kaum um tschechoslowakische Soldaten gehandelt haben, sondern viel eher um ausgewählte KPČ-Mitglieder, deren „Sonderdienste“ ohne Zweifel darin bestanden hätten, die bewaffnete Verteidigung der ČSR in die Etablierung der Sowjetmacht umzufunktionieren.

Daß ein solcher Plan tatsächlich bestanden hat und der Abwehr-Bericht nicht einfach als Phantasieprodukt abgetan werden kann, bestätigen zwei erstrangige Quellen sowjetischer Provenienz. In seiner Leningrader Wahlrede erklärte Litwinow am 23. Juni 1938: „Die westliche Bourgeoisie scheut das Kriegsrisiko aus Furcht vor den politischen Forderungen der Arbeiter- und Bauernklasse, die ... mit größter Hartnäckigkeit nach einem neuen Krieg ihre Errungenschaften verteidigen würde. Hinzu kommt die Befürchtung, daß als notwendiges Gleichgewicht im Kampf gegen die Aggressorstaaten die Mitwirkung der Sowjetunion unvermeidlich sei und sich das ... auf die innenpolitischen Verhältnisse in einem den reaktionären Kreisen ungünstigen Sinne auswirken könne.“¹⁰⁰ Die hier noch eher angedeutete Absicht, den drohenden Krieg unter Beteiligung der Sowjetunion in einen Kampf für die Sowjetisierung pluralistischer innenpolitischer Strukturen zu verwandeln, kam ohne Umschweife im politischen Referat Alexej A. Schdanows – Moskauer Politbüro-Mitglied, Chef der wichtigen Leningrader KPdSU-Organisation und 1938 potentieller Nachfolger Stalins – auf der Prager Plenarsitzung des ZK der KPČ am 20./21. August 1938 zum Ausdruck. Schdanow erklärte dort: „Wenn der Krieg ausbricht, ... ist es die Pflicht der Kommunisten, mit allen Kräften zu versuchen, die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und damit die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft im eigenen Lande zu beschleunigen ... Eine große politische Rolle wird dabei die Teilnahme der Roten Armee an dem Konflikt spielen ... Der Überfall auf die Tschechoslowakei durch den deutschen faschistischen Aggressor und der sich gegen diesen Überfall wehrende Krieg der nationalen Bourgeoisie muß den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen, in den die Arbeiterklasse und die Kommunisten eingreifen müssen ... Hier seht ihr, Genossen, daß Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei nicht nur zum Vorabend des Endes der faschistischen Übermacht wird, sondern auch das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und der Ausbeuter in eigenem Lande bringen wird. Daß das Volk, das sich an der Seite der Roten Armee in der Verteidigung der nationalen Freiheit gegen den faschistischen Angreifer schlagen wird, daß dieses Volk, angeführt von den Kommunisten, in dieser Situation die Freiheit von der Vorherrschaft seiner eigenen Bourgeoisie erkämpfen wird.“¹⁰¹ Einer der ranghöchsten sowjetischen Parteifunktionäre legte hier den

¹⁰⁰ Schulenburg an das AA am 27. 6. 1938, in: PA/AA, Anlage, Polit. Abt. V/464, Rußland 1, Allgemeine auswärtige Politik Rußlands, Bd. 1.

¹⁰¹ Protokoll der Sitzung des ZK der KPČ unter Anwesenheit der Kominternmitglieder Pollit, Cachin und Schdanow, Prag 20.–21. 8. 1938, in: Archiv des Institutes für Geschichte der KPČ (AÚD KPČ) Prag F 110/45, Bd. 19, Az. 317, hier abgedruckt als Anhang 3.

tschechoslowakischen Kommunisten unverblümt ein Rezept vor, wie sie den Verteidigungskrieg gegen Hitler zum bewaffneten Sturz des demokratischen Systems in der ČSR zu mißbrauchen hätten, die Staatsverteidigung zur Etablierung der Sowjetmacht in der Tschechoslowakei. Der Zusammenhang mit Woroschilows Drohungen vom Vorjahr ist unverkennbar. Nach Schdanows Auftritt dürften keine Zweifel mehr bestehen, daß es den Sowjets bei der Gewährung ihrer Hilfe einzig und allein um die Machtergreifung in Prag gegangen wäre.

Es ist nicht ganz klar, ob es mit Schdanows Prager Aufenthalt zusammenhing oder aber auf eine eigenständige Initiative der KPČ zurückzuführen ist, daß die KPČ bereits eine Woche vor Schdanows Auftritt daran ging, eine „jakobinische“ Bewegung zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu institutionalisieren, und zwar durch die Bildung von „ständigen Komitees zur Verteidigung der Republik“ mit kommunistischer Majorität – also von Räten unter einem anderen Namen¹⁰². Die Schaffung solcher Sowjets kam jedoch nur langsam voran. Noch schwieriger gestaltete sich die Gründung eines gesamtstaatlichen Komitees als eines Zentralorgans zur Steuerung des Sowjetisierungsumsturzes, und Dimitroff kritisierte auf der EKKI-Sitzung vom Ende Dezember 1938 die KPČ dafür, daß sie den Aufbau ständige Komitees nicht schon während der Maikrise eingeleitet hatte¹⁰³.

In der ersten Phase der Septemberkrise nahm in Europa die Furcht vor der Sowjetisierung sowohl der ČSR als auch eines weiteren europäischen Umfelds noch zu. So tat Bonnet Anfang September Suriés Rüge, der Quai d'Orsay konsultiere nur die Downing Street und überhaupt nicht den Kreml, mit der charakteristischen Bemerkung ab, „Rußlands einziger Wunsch besteht darin, einen allgemeinen Krieg in der verworrenen Lage zu entfachen, in der es im Trüben fischen will ... Es ist Rußlands größter Wunsch, eine allgemeine Konflagration zu provozieren, in der es selbst aber nur zu einem geringen Teil mitspielen will, ... danach aber wie ein Phönix aus unser aller Asche steigen und eine Weltrevolution entfesseln wird“¹⁰⁴. Diese Ansicht teilte auch der Pariser Botschafter der USA, Bullitt. Daladier scheute einen Krieg, weil er glaubte, daß „nach Kriegsende ... der Ausbruch der Revolution ohne Rücksicht auf Sieger und Besiegte in Frankreich ebenso sicher ist wie in Deutschland und in Italien“¹⁰⁵. Bullitt fügte dem hinzu, daß die Sowjetunion sich „nach der Schwächung des europäischen Kontinents eine Gelegenheit, die Weltrevolution in unsere Länder zu tragen, nicht entgehen lassen würde“¹⁰⁶. Bonnet gab übrigens erst 1961 offen zu, das Ziel seiner Politik habe 1938 darin bestanden, Deutschland in einen Krieg mit der UdSSR zu verwickeln, während Frankreich seine Kräfte bis

¹⁰² Zirkular des Sekretariats des ZK der KPČ vom 13. 8. 1938 an die Bezirkssekretariate der Partei mit der entsprechenden Instruktion, in: *Čtělí jsme bojovat*, Bd. II, S. 80.

¹⁰³ Robert Kvaček, *KSČ a vládní koalice v roce 1938* (Die KPČ und die Regierungskoalition 1938), in: *ČsČH* 19 (1971), S. 173.

¹⁰⁴ Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: *DBFP*, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 219.

¹⁰⁵ Phipps an Halifax am 8. 9. 1938, in: *DBFP*, ebenda, S. 270; Deutsche Botschaft (Bräuer) an das AA am 7. 9. 1938, in: *ADAP*, Ser. D, Bd. II, S. 569.

¹⁰⁶ Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: *DBFP*, ebenda.

Kriegsende intakt halten sollte; er habe nämlich schon 1938 vorausgeahnt, daß nicht Hitler-Deutschland, sondern die Sowjetunion die eigentliche Gefahr für Europa darstellte¹⁰⁷. Engländer, die in der ersten Septemberhälfte Prag besuchten, gaben den tschechoslowakischen Militärs zu verstehen, daß eine Sowjethilfe an die ČSR wegen der Sowjetisierungsgefahr „im Westen eine sehr unwillkommene Sache sein würde“¹⁰⁸.

Die Sowjets haben ihre Sowjetisierungspläne indirekt selbst eingestanden, indem sie in auffallender Weise versuchten, die Furcht der Westmächte vor einer Sowjetisierung zu zerstreuen – eine Furcht, die sie dem Westen als Motiv für sein Desinteresse an einer Koalition mit der Sowjetunion unterstellten. Der sowjetische Botschafter in Paris beispielsweise schrieb schon am 3. September nach Moskau: „Einer der [französischen] Minister (ich vermute, es war Chautemps) sagte im Kabinett, er habe aus den Gesprächen mit den verantwortlichen Engländern den Eindruck davongetragen, daß sie am meisten die Intervention der UdSSR in die europäischen Angelegenheiten fürchten, und zwar auf Grund ihrer Angst, der Erfolg der sowjetischen Waffen könnte dem Kommunismus den Weg nach Mitteleuropa ebnen.“¹⁰⁹ Potěmkin, Litwinows Stellvertreter, sah Mitte September die Pariser Abneigung gegen eine Anwendung des französisch-sowjetischen Paktes in der französischen Furcht „vor sozialen Folgen für die Innenpolitik“ begründet und motivierte Moskaus Zurückhaltung gegenüber Prag mit dem sowjetischen Bestreben, es den westlichen Appeasern unmöglich zu machen, mit „der These zu operieren, der Bürgerkrieg in der Tschechoslowakei [sic!] sei von Moskau hervorgerufen worden“. Ferner erklärte Potěmkin, daß „die Sowjetunion dem Verdacht entgegen möchte, sie ziehe Europa absichtlich in einen Konflikt hinein, an dem sie sich schließlich nicht beteiligen und den sie lediglich zur subversiven Propaganda mißbrauchen werde“¹¹⁰. Man darf alle diese Hinweise sicherlich nicht überbewerten und sie als direkte Beweise für Moskaus Sowjetisierungspläne verstehen, doch liefern sie immerhin starke Verdachtsmomente.

Indes besitzen wir ein Schlüsseldokument, das schlagend nachweist, wie die Sowjets auf dem Höhepunkt der Septemberkrise tatsächlich versuchten, ihre Absicht zur Sowjetisierung der Tschechoslowakei in die Tat umzusetzen. Am 14. September entsandte die Komintern ihren Generalsekretär Georgi Dimitroff in die Tschechoslowakei, der dabei helfen sollte, mit subversiver Propaganda den bewaffneten Kampf der ČSR gegen die deutsche Aggression in einen Kampf für die Errichtung der Sowjetmacht umzufunktionieren. Um Dimitroffs Tätigkeit zu erleichtern, entsandte die Komintern Mitte September und knapp danach „mehrere Gruppen politi-

¹⁰⁷ Georges Bonnet, *Le Quai d'Orsay sous trois républiques*, Paris 1961, S. 244.

¹⁰⁸ Emanuel Moravec, *Das Ende der Benesch-Republik. Die tschechoslowakische Krise 1938*, Prag 1941, S. 329 ff. Der Verfasser, Oberst im Generalstab, war erstklassiger Militärtheoretiker, degenerierte jedoch nach 1939 zu einem Nazi-Kollaborateur der übelsten Sorte.

¹⁰⁹ Surič an Narkominděl am 3. 9. 1938, in: *Dokumenty k historii mnichovského diktátu 1937–1939* (Dokumente zur Geschichte des Münchener Diktats 1937–39), Prag 1979, S. 184.

¹¹⁰ Fierlinger an Krofta am 17. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938*, Nr. 117/135942/II/38.

scher Kommissare“, Sowjetagenten also, aus der UdSSR über Rumänien in die Tschechoslowakei¹¹¹. In Prag versuchte Dimitroff, „den äußersten Widerstand gegen jede Konzession in der sudetendeutschen Frage“ unter Studenten, jungen Offizieren, linksliberalen Journalisten, linken Sozialdemokraten und den Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionären zu organisieren. Dabei „sei ihm das etwaige Schicksal der jetzigen tschechoslowakischen Regierung, ... ja des politischen Systems der Tschechoslowakei und sogar des tschechoslowakischen Staatswesens an sich völlig gleichgültig. Sogar eine Militärdiktatur erscheine ihm nicht unerwünscht, nur um bei den dann entstehenden chaotischen Zuständen ... das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen. Das Sprungbrett dazu solle die Installation des Rätessystems in der Tschechoslowakei nach dem Vorrücken der Roten Armee auf deren Gebiet bilden. Auf diese Weise wolle Dimitroff bzw. die Komintern den bewaffneten Widerstand der Tschechoslowakei ... umfunktionieren, um den ersten starken Stützpunkt und zugleich die Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen.“¹¹²

Hier ist also bereits ein konkreter Versuch zu verzeichnen, die Situation von 1945 vorwegzunehmen. Die unmittelbaren Folgen einer sowjetischen militärischen Unterstützung der vom NS-Reich überfallenen Tschechoslowakei wären nicht anders gewesen als später die Konsequenzen der militärischen Befreiung der ČSR von der Nazi-Herrschaft. Man darf mit aller Vorsicht die Hypothese aufstellen, daß „nur“ das Ausbleiben des deutsch-tschechoslowakischen Krieges die Sowjetunion daran hinderte, den von Dimitroff ausgeklügelten Plan zu realisieren. In diesem Zusammenhang ist an Schdanows Programmforderung auf der ZK-Sitzung der KPČ vom 20./21. August zu erinnern; Dimitroffs Aktivität mitten in der tatsächlichen Krise entfaltete nur auf der Ebene der praktischen Aktion jene Postulate, die Schdanow der KPČ am Beginn der Krise auferlegt hatte. Danach kann kein Zweifel mehr bestehen, daß es den Sowjets tatsächlich nicht um Hilfe gegen Hitler ging, sondern schlicht um die Machtergreifung in Prag.

Eine Woche nach Dimitroffs Ankunft in Prag, am 21. September, kam es zur ersten tschechoslowakischen Kapitulation vor dem berüchtigten nächtlichen Ultimatum der Westmächte, das ein totales Desinteresse am weiteren Schicksal der Tschechoslowakei androhte, falls das Sudetenland nicht an Deutschland abgetreten werde. War auch diese Kapitulation von der Sowjetisierungsgefahr mitbestimmt?

¹¹¹ Fabricius an das AA am 20. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 4.

¹¹² „Tätigkeit der Komintern“; Deutsche Botschaft (Bräuer) an das AA am 20. 9. 1938, in: PA/AA, Botschaft Paris, 480 S, Rußland, Bd. 22, hier abgedruckt als Anhang 4. Die Bestätigung dieses Berichtes findet man im nachträglich verfaßten Bericht des Prager Innenministeriums über Dimitroffs Prager Aufenthalt (bis zum 3. 10. 1938) vom 8. 10. 1938, in: SÚA Prag, Nr. 10234, PMV 1931–1940. Oldřich Janeček behauptet, Dimitroff sei zu dieser Zeit in der UdSSR gewesen, er geht dabei jedoch nur von den Dokumenten der illegalen bulgarischen KP aus, die uns nicht authentisch erscheinen; Pokyny Jiřího Dimitrova k činnosti Komunistické Internacionály na pomoc boji ČSR proti fašismu (Die Weisungen G. Dimitroffs für die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale im Kampf der ČSR gegen den Faschismus), Příspěvky k dějinám KSČ 4 (1963), S. 860–887.

Und suchten die Sowjets die chaotische Stimmung der tschechischen Gesellschaft – zwischen Depression und Empörung schwankend – zur Entwicklung neuer Sowjetisierungsmaßnahmen auszunutzen? Es existieren stichhaltige Beweise, daß Beneš selbst und die übrigen tschechoslowakischen Führer in der am 21. September entstandenen internationalen Lage eine sowjetische Alleinhilfe als einen Vorgang mit unabsehbaren Folgen beurteilten und daß die Aussicht, die Tschechoslowakei werde den Kampf gegen das Dritte Reich ausschließlich mit sowjetischem Beistand bestreiten müssen, die Kapitulation Prags sogar entscheidend motivierte. In Prag herrschte eine geradezu panische Furcht, eine isolierte Kriegskoalition der ČSR mit der UdSSR werde unter der Parole eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus nicht nur den politischen Widerstand des Westens heraufbeschwören, sondern unter Umständen darüber hinaus eine aktive militärische Unterstützung Deutschlands gegen die tschechoslowakisch-sowjetische Front zur Folge haben. Man hegte also die Befürchtung, die politische Kooperation der vier Mächte Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich könnte in eine Kriegskoalition übergehen, unter deren Schlägen die Tschechoslowakei auf sehr lange Zeit zum völligen Untergang verurteilt wäre¹¹³.

So erklärte Fierlinger am 21. September in Moskau, es sei verständlich, wenn sich die UdSSR zurückhielte, der Tschechoslowakei allein zu Hilfe zu kommen, „in einer Form, welche seitens der deutschen Regierung als ein kommunistischer Putsch charakterisiert werden könnte und nur die Erfahrung Spanien wiederholen würde“¹¹⁴. Beneš selbst war bei seiner Entscheidung überzeugt, daß „wir in diesem Augenblick einen Krieg nur an der östlichen Front zusammen mit der Sowjetunion nicht wagen können und in unserem Interesse sowie im Interesse der Sowjetunion nicht einmal wagen dürfen . . . Wären wir sofort alleine mit Unterstützung der Sowjetunion in den Krieg mit Deutschland eingetreten, wäre mit diesen Folgen zu rechnen gewesen: a) Die ganze westliche Welt hätte . . . geglaubt, Hitler habe Recht mit seiner Propaganda, die Tschechoslowakei sei ein Instrument zur Bolschewisierung Mitteleuropas, und hätte sich gleich gegen uns gewandt . . . c) der mörderische Plan gewisser westlicher reaktionäre Kreise – den Nazismus um jeden Preis in einen Krieg gegen den Bolschewismus einzuspannen . . . und Deutschland dadurch . . . völlig an Mittel- und Osteuropa zu fesseln . . . – wäre endlich mit Hilfe der Tschechoslowakei verwirklicht worden. Ich schloß nicht einmal die Eventualität aus, daß sich die reaktionären Kräfte der westlichen Demokratien sogar zu einer unmittelbaren Hilfe für Deutschland gegen Rußland hätten hinreißen lassen.“¹¹⁵

Erst 1943 aufgestellt, kann die Analyse Benešs als eine nachträgliche Konstruk-

¹¹³ B. G. D. Laffan, *The Crisis over Czechoslovakia: January to September 1938*, in: *Survey of International Affairs 1938*, Bd. 2, Oxford 1951; Edvard Táborský, *The Triumph and Disaster of Edvard Beneš*, in: *Foreign Affairs 36* (1957/58), S. 672; Robert D. Warth, *Soviet Russia in World Politics*, New York 1963, S. 211; Hubert Ripka, *Munich: Before and After*, London 1939, S. 83 ff., 146.

¹¹⁴ USA-Geschäftsträger Kirk an das State Department am 21. 9. 1938, in: *FRUS 1938/I*, S. 633 f.

¹¹⁵ Edvard Beneš, *Mnichovské dny* (Münchener Tage), Prag 1968, S. 318 ff. Die gleiche Perspektive entfaltete Beneš in seinen *Úvahy o slovanskvi* (Überlegungen zum Slaventum), London 1944, S. 245 ff.

tion zur Rechtfertigung eines Politikers wirken, der sich seiner Verantwortung für die Kapitulation entziehen möchte, sie spiegelt jedoch zweifellos sein Denken am 21. September 1938 wider und wird sowohl in späteren historischen Darstellungen, deren Verfasser die Überlegung Benešs nicht kennen konnten¹¹⁶, als auch in den zeitgenössischen Aussagen anderer tschechoslowakischer Politiker voll bestätigt. In der Kabinettsitzung am 21. September erklärte Ministerpräsident Hodža, daß „die Alleinhilfe des bolschewistischen Rußland die ganze westliche Welt gegen uns gestellt hätte“¹¹⁷, und Außenminister Krofta führte auf einer Pressekonferenz am selben Tag aus: „Wenn nur die UdSSR gekommen wäre, wäre dadurch ganz Europa gegen uns aufgehetzt . . . Es wäre Wahnsinn, wenn wir das tun würden.“¹¹⁸ Daß Benešs Besorgnisse tatsächlich der Kalkulation der Prager Führung am 21. September entsprachen, bezeugte übrigens besonders klar Hubert Ripka, Benešs außenpolitischer Vertrauter, in einem wenige Wochen nach München entstandenen Bild der Ereignisse¹¹⁹. Auch ein damaliger politischer Außenseiter, der ursprünglich rechtsgerichteten Kreisen angehört hatte und zu einem harten Kritiker der Münchner Kapitulation werden sollte, wies im Sommer 1940 darauf hin, daß es „Frankreich und Großbritannien nicht hätten zulassen können, daß die Sowjetunion in Osteuropa selbständig siegte und dort unabhängig entschied“¹²⁰.

Beneš sah aber eine zweifache Gefahr, wie er mit der Frage zeigte: „Sollte man versuchen, offen ausschließlich mit Rußland zu gehen und alle Konsequenzen daraus auf sich zu nehmen, inklusive einer bolschewistischen Revolution im mitteleuropäischen Raum bei gleichzeitigem Widerstand des Westens?“¹²¹ Hier tritt der eigentliche Kern der Sache klar zu Tage. Wenn die Tschechoslowakei versucht hätte, sich durch eine enge Bindung an die Sowjetunion vor Hitler zu retten, hätte sie angesichts des Widerstands im Westen gegen eine Sozialrevolution in Mitteleuropa in jedem Falle den kürzeren gezogen und gebüßt – entweder durch den Untergang des Staates im Falle eines siegreichen deutsch-westlichen Kreuzzugs gegen die Sowjetunion oder aber durch die Sowjetisierung des eigenen Staates unter Erhaltung der formalen Souveränität im Falle des Mißlingens eines antisowjetischen (und antischechoslowakischen) Krieges.

Allerdings waren nicht alle in Prag so weitsichtig. In der Nacht vom 20. auf den 21. September soll Dr. Drtina, Benešs persönlicher Sekretär, gegenüber dem Staats-

¹¹⁶ Frederick L. Schuman, *Soviet Politics at Home and Abroad*, New York 1946, S. 286; Wheeler-Bennett, *Munich*, S. 175.

¹¹⁷ Protokoll der außerordentlichen Regierungssitzung am 21. 9. 1938, in: SÚA Prag, PMR, XVII/41.

¹¹⁸ Kroftas Erklärung auf der Pressekonferenz des Außenministeriums am 21. 9. 1938, in: AMZV Prag, Erörterungen des Ministers, 1938, Kart. 10.

¹¹⁹ Ripka, *Munich: Before and After*, S. 83 ff., 146 ff.

¹²⁰ Bohuslav Palkovský, *Promemoria über die Herbstereignisse 1938 in der Tschechoslowakei an Beneš am 22. 7. 1940*, in: AÚD KSČ Prag, 40, 11–24, 8.

¹²¹ Beneš an Dr. Ladislav Rašín nach Prag, London im November 1938, in: AÚD KSČ Prag, BA II, Anglie 1938, f. 39. In der Nachkriegsveröffentlichung dieses Briefes fehlt dieser Satz; Beneš, *Šest let exilu a druhé světové války* (Sechs Jahre des Exils und des Zweiten Weltkrieges), Prag 1946, S. 22–32.

präsidenten erklärt haben, er befürworte den Widerstand mit Alleinhilfe der Sowjetunion auch um den Preis, daß „bei uns der Kommunismus die Übermacht erlange“; er, Drtina, sei entschlossen, die Rettung des Staates „dem Wunsch, die parlamentarische Demokratie bei uns aufrechtzuerhalten, und einer Kapitulation vorzuziehen“¹²². Drtina war sich also bewußt, daß die Hilfe der UdSSR eine Sowjetisierung der Tschechoslowakei zur Folge haben müßte, doch war er bereit, dies in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die territoriale Integrität des Staates gerettet werden konnte. Daß damit die Unabhängigkeit der ČSR – der zweite Hauptzweck des Widerstandes gegen Hitler – gänzlich verlorengehe, kümmerte ihn offensichtlich nicht. Beneš hat diese Spekulation entschieden zurückgewiesen. Aber Drtinas Bekenntnis ist immerhin für die Stimmung jener unsicheren Demokraten bezeichnend, die bereit waren, zwischen Hitler und Stalin zu wählen und die Tschechoslowakei als Preis für ihre Rettung vor der nationalsozialistischen Aggression der Sowjetisierung auszuliefern.

Eine derartige Stimmung unter den radikalen linksorientierten Nichtkommunisten schien der Sowjetisierungsabsicht der KPČ entgegenzukommen. Bis zum 21. September hatte die KPČ noch nicht die Beseitigung der bisherigen Regierung angestrebt, sondern darauf abgezielt, den Wechsel in ihrer Politik und ihrer Zusammensetzung bei gleichzeitiger Institutionalisierung der außerparlamentarischen Sowjets durchzusetzen. In dem Moment aber, als die Regierung am 21. September vor dem westlichen Ultimatum kapitulierte, faßte die KPČ „den Beschluß, unverzüglich Aktionen zu entfalten, um die Regierung zu stürzen“¹²³. Am Abend des 21. September vereinbarten neun Vertreter der KPČ-Führung in der Redaktion der linksliberalen Zeitung „Lidové noviny“ mit 25 sozialdemokratischen und volkssozialistischen Mitgliedern der Opposition gegen Beneš die Bildung eines „Komitees zur Verteidigung der Republik“ mit der Funktion eines getarnten zentralen Sowjets. An dessen Spitze wollten die Kommunisten Dr. Ladislav Rašín stellen, einen gegen die Kapitulation eingestellten rechtsgerichteten Abgeordneten, dem sie „die Rolle Kerenskis“ zugeordnet hatten – „absichtlich ließen wir dort Leute aus anderen Parteien auftreten, . . . um dort nicht nur allein aufzutreten“, bezeugt Gottwald¹²⁴. Das Komitee wollte die Basis für eine neue, starke Regierung schaffen, mit der die Landesverteidigung energisch organisiert werden konnte, und es sollte der Öffentlichkeit auf einer Massendemonstration der Prager Bevölkerung am 22. September, mit der man den Rücktritt der Regierung zu erzwingen hoffte, vorgestellt werden. Die Regierung ist allerdings gleich nach der Annahme des franko-britischen Ultimatus zurückgetreten, so daß dem Komitee die Möglichkeit versagt blieb, die Nachfolge anzutreten und die Rätewahl zu installieren¹²⁵.

¹²² Prokop Drtina, *Československo můj osud* (Die Tschechoslowakei mein Schicksal), Bd. I/1, Toronto 1983, S. 112–115.

¹²³ Gottwalds Referat an der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 408.

¹²⁴ Ebenda, S. 409.

¹²⁵ Kvaček, KSC, S. 175 f.

Über eine Ergänzung des Komitees verhandelte die KPČ noch am Vormittag des 22. September im Parlament mit den Sozialdemokraten und Volkssozialisten, die jedoch, da sie das eigentliche Ziel des Manövers zumindest ahnten, eine zunehmende Vormachtstellung der KPČ befürchteten: sie sprachen von der „Kommunisierung des Volkes“. Der Abgeordnete Prof. Dr. Jaroslav Stránský hatte schon am 21. September im Präsidium der Volkssozialistischen Partei die Notwendigkeit betont, sich auf Benešs Autorität zu stützen; sonst komme „es zur bolschewistischen Zersetzung“; und am 22. September beklagte der Prager Primator Dr. Petr Zenkl, daß „die Kommunisten aus den Ereignissen für ihre machtpolitischen Zwecke Kapital schlagen“¹²⁶. Die ursprünglich geplante Proklamation und Konstituierung des Komitees als des Fundaments einer „jakobinischen“ Regierung schlug deswegen fehl, und das Scheitern des Planes der KPČ bedeutete auch das Ausbleiben eines Versuchs zur Installierung der Sowjetmacht im Staat. Ein solcher Versuch hatte gedroht, denn die KPČ-Führung richtete sich nach ihrer früher schon aufgestellten Maxime, „die Macht nur im Falle eines verlorenen Krieges zu übernehmen, wenn alles zerrüttet und der Staatsapparat geschwächt ist, oder wenn es zur Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung und des Regierungsregimes kommt“¹²⁷ – und die zweite Voraussetzung schien im Chaos und in der erregten Stimmung nach der Kapitulation vom 21. September durchaus gegeben sein. Und offensichtlich hatten sich die Sowjets bzw. die Komintern in die KPČ-Pläne aktiv eingeschaltet – bei den Demonstrationen der Volksmassen vor der Prager Burg am 22. September sind 39 „ausländische“ Agenten der Komintern festgenommen worden¹²⁸.

Angesichts der Befürchtungen Stránskýs und Zenkls und angesichts der kommunistischen Arbeit mit der Formel von der „jakobinischen“ Verteidigung ist es bemerkenswert, daß es im bürgerlich-sozialistischen Lager der ČSR nur die linken Sozialdemokraten gewesen sind, die bereits im Frühling 1936, nach dem VII. Parteitag der KPČ, die kommunistische Taktik durchschaut und entlarvt haben. So lehnte Zdeněk Kojecký einen „jakobinischen“ Krieg entschieden ab, weil der „tschechische Arbeiter keine Garantie habe, nicht unter das Joch Hitlers zu geraten, wenn er die Verteidigung seines Landes durch eine revolutionär-aufständische Taktik schwächen würde“, und weil es in der ČSR „für einen jakobinischen Krieg keine Voraussetzungen gibt“, da „dem tschechoslowakischen Proletariat gar keine Zeit bliebe, zuerst mit seinen Klassenfeinden und seinen Girondisten abzurechnen“¹²⁹. Der Verfasser scheint allerdings den Sinn des Begriffs „jakobinischer Krieg“ in kommunistischer Auffassung ebensowenig richtig begriffen zu haben wie die Absicht der KPČ, der

¹²⁶ Protokolle der Sitzungen des Präsidiums der Tschechoslowakischen Volkssozialistischen Partei vom 21. und 22. 9. 1938, in: Archiv der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei Prag.

¹²⁷ Senator František Nedvěd an Gottwald am 29. 1. 1936, in: AÚD KSČ Prag, f. 48, Akte Nedvěd, III/2.

¹²⁸ Geschäftsträger Hencke an das AA am 23. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 4.

¹²⁹ Zdeněk Kojecký, K diskusi o Internacionále a válce (Zur Diskussion über Internationale und Krieg), Dělnická osvěta Jg. XXII, Nr. 3 vom 15. 3. 1936, S. 73–79.

Machtergreifung vor der Landesverteidigung Vorrang zu geben. Präziser erfaßte den Kern der Sache ein anderer linkssozialistischer Publizist, dem die Gleichsetzung der „jakobinischen“ Verteidigung mit einem Bürgerkrieg nicht entging: „Die Kommunisten behaupten, daß die ČSR erst dann einer erfolgreichen Verteidigung gegen die faschistische Aggression fähig sei, wenn das Proletariat zuvor mit der eigenen Bourgeoisie abrechne. In den Vorstellungen der Kommunisten geht es also zuerst um die Bildung einer neuen Tschechoslowakei, um irgendeine sozialistische Sowjetrepublik nach dem Vorbild Sowjetrußlands und erst in zweiter Linie um die Verteidigung dieses neuen Staatsgebildes . . . Die Kommunisten beharren also auch künftig auf der Umwandlung des antifaschistischen Verteidigungskrieges in einen Bürgerkrieg. Was allerdings diese jakobinische Kriegführung für die Tschechoslowakei bedeuten würde, ist allzu klar. Das wäre keine Verteidigung gegen den äußeren faschistischen Angreifer, sondern die Entfesselung eines großen Bürgerkampfes innerhalb des Landes, während der Feind nicht abwarten würde, wie dieser Kampf ausgeht.“¹³⁰ Diese weitsichtige Analyse der kommunistischen Pläne stand freilich im nichtkommunistischen Lager der ČSR ziemlich vereinsamt da.

Als die tschechoslowakische Krise nach dem 21. September und um die Godesberger Begegnung Chamberlain-Hitler ihren Höhepunkt erreichte, richtete sich das Moskauer Augenmerk auch wieder auf Polen. Am 23. September eröffnete Potěmkin dem polnischen Gesandten in Moskau, daß die Sowjetunion ihren Nichtangriffspakt mit Polen kündigen werde, falls polnische Kräfte die tschechoslowakische Grenze überschritten¹³¹. In Prag führte diese Drohung zu übertriebener Euphorie und wurde als eine sowjetische Geste zur Verteidigung der Tschechoslowakei gefeiert¹³², während sowohl die Polen als auch die Deutschen die realpolitische Bedeutung der Sowjetnote beinahe verächtlich herunterspielten¹³³. Beide Einschätzungen erscheinen als irrig. Der sowjetische Militärattaché in Paris erklärte noch am 23. September, wenn sich Polen dem deutschen Angriff auf die ČSR anschliesse, werde die Sowjetunion keine andere Wahl haben, als ihre massiven Kräfte ohne Zögern gegen Polen in Bewegung zu setzen¹³⁴. Daß es sich auch diesmal nicht um Unterstützung des bedrohten Verbündeten gehandelt hätte, sondern um einen aggressiven Akt gegen Polen zur Annexion der ostpolnischen Gebiete, zeigt ein zwei Tage später erschienener militanter Artikel der Moskauer „Prawda“. Darin wird die Zugehörigkeit des von Ukrainern und Weißrussen bevölkerten Ostpolen zum polnischen Staat in Frage gestellt und – unter Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes – Polen das Recht, über Ukrainer und Weißrussen zu regieren, aus-

¹³⁰ Jan Thelen, *Jsou pro obranu Československa – ale jakou?* (Sie sind für die Verteidigung der Tschechoslowakei – aber für welche?), *Nová svoboda* vom 1. 5. 1936, S. 196 ff.

¹³¹ Schulenburg an das AA am 23. 9. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 716.

¹³² Hencke an das AA am 25. 9. 1938, in: ebenda, S. 749.

¹³³ Moltke an das AA am 24. 9. 1938, in: ebenda, S. 738; Schulenburg an das AA am 26. 9. 1938, in: ebenda, S. 757 ff.

¹³⁴ Gamelin, *Servir*, S. 348–357; John Erickson, *The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941*, London 1962, S. 503–506.

drücklich abgesprochen¹³⁵. Endgültige Klarheit brachte am 26. September das sowjetische Außenkommissariat in die Sache. Es warnte Prag nachdrücklich vor Verhandlungen mit Polen und wies daraufhin, die UdSSR „wolle in günstiger Situation versuchen, eine gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei in Ostgalizien zu erreichen“¹³⁶. Damit kein Irrtum aufkommen konnte, überreichte Potěmkin Fierlinger eine Kartenskizze, auf der das von der Sowjetunion zu annektierende polnische Gebiet minutiös eingezeichnet war. Also ein – 1939 wie 1945 realisiertes – Vorhaben, das dokumentiert, wie Moskau unter dem Deckmantel seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Prag wiederum nur Eroberungsabsichten in Polen verfolgte.

In der letzten Woche der Septemberkrise taucht in sowjetischen Äußerungen immer häufiger „die spanische Variante“ einer Verteidigung der Tschechoslowakei auf: eine Hilfe, die von der Komintern in derselben Stärke, durch dieselben Mittel und auf dieselbe Weise wie im Falle des republikanischen Spanien organisiert werden sollte¹³⁷ – wie Krofta schon am 16./17. September erfuhr¹³⁸. „Das praktische Vorgehen der Sowjetunion war mir noch nicht klar“, schrieb Beneš über den Plan einer „spanischen“ Lösung für die Sowjethilfe; er wertete es aber als „eine Katastrophe“, sofern „uns die Sowjetunion nur in dem Ausmaß helfen könnte, in dem sie der Spanischen Republik geholfen hatte“¹³⁹. Das schrieb Beneš zwar erst einige Jahre später, doch schon im November 1938 analysierte er in einem privaten Brief die aussichtslose Perspektive einer Sowjethilfe dieser Art: „Was Rußland betrifft, so war es in den kritischen Tagen klar, daß es seine Verpflichtungen erfüllen würde, natürlich nur wenn Frankreich dasselbe täte . . . Es gab eine große Gefahr, daß Rußland nur Luftstreitkräfte schicken und auf dieselbe Weise wie der Westen warten und die ganze Sache wie ein zweites Spanien, das bei uns einen viel furchtbareren Lauf genommen hätte, behandeln würde.“¹⁴⁰ Und Fierlinger warnte noch wenige Stunden vor der Münchner Konferenz aus Moskau: „Es gibt hier eine ernste Befürchtung, daß bei einer einseitigen Intervention der Sowjets aus der tschechoslowakischen Frage ein Problem wie in Spanien entstünde mit allen furchtbaren politischen Folgen für ganz Europa und insbesondere dann für die Tschechoslowakei.“¹⁴¹

¹³⁵ „Spiel mit dem Feuer“, in: *Prawda* Nr. 261 vom 21. 9. 1938.

¹³⁶ Fierlinger an Krofta am 27. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 961*; Deutsche Botschaft an das AA am 26. 9. 1938, in: *PA/AA, Botschaft Paris, 480 S, Rußland, Bd. 22*.

¹³⁷ Moskau 24. und 26. 9. 1938, Forschungszentrum MZV, in: *AÜD KSČ Prag*; Fierlinger an Krofta am 25. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 903*; Karel Lisický, *Československá cesta do Mnichova (Der tschechoslowakische Weg nach München)*, Bd. III, London 1956, S. 38–42.

¹³⁸ Krofta war schon am 17. 9. 1938 überzeugt, daß „Rußland nur mit Frankreich geht, sonst würde es uns ähnliche Hilfe leisten wie an Spanien“; (Budapest 17. 9. 1938, Forschungszentrum MZV, in: *AÜD KSČ Prag*).

¹³⁹ Beneš, *Mnichovské dny*, S. 329.

¹⁴⁰ Beneš an Dr. L. Rašín, London im November 1938, in: *AÜD KSČ Prag, BA II, Anglie 1938, f. 39*.

¹⁴¹ Fierlinger an Krofta am 29. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Nr. 146, Az. 147423/II/38*. Auch die Sowjetpresse deutete an, daß sich die Dinge in der ČSR wie in Spanien entwickeln könn-

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Spanische Bürgerkrieg von Moskau nur zu Sowjetisierungsversuchen mißbraucht wurde und wie sich die Sowjetagenten in Spanien verhielten. Wir wissen freilich nicht, ob Beneš und die tschechoslowakischen Diplomaten die bereits 1938 erschienene und hier zitierte Dokumentation des Sowjetisierungsterrors in Spanien gekannt haben; sehr wahrscheinlich ist es nicht. Als sicher darf jedoch unterstellt werden, daß sie längst vor der Septemberkrise, wahrscheinlich schon zur Jahreswende 1937/1938, die Berichterstattung sowohl der ausländischen wie auch der inländischen Presse – nicht nur der rechtsgerichteten, sondern auch der liberalen und sozialistischen – über die drastischen Sowjetisierungsaktionen gegen die spanische Linke und über die terroristischen Methoden der sowjetischen Kommissare und Agenten zur Kenntnis genommen hatten. Das konnte in ihnen nur radikale Ablehnung einer „spanischen Variante“ der Sowjethilfe hervorrufen. Man darf getrost die Hypothese aussprechen, daß sich die tschechoslowakische Führung über die Sowjetisierungsgefahr auch im Falle der schwächeren „spanischen Variante“ im klaren war und daß dies zum Desinteresse Prags an einer sowjetischen Alleinhilfe erheblich beigetragen hat.

Daß die Realisierung sowjetischer Hilfe, in welcher Form auch immer, eine akute Sowjetisierungsgefahr mit sich gebracht hätte, ist nicht schwer nachzuweisen¹⁴². Auch wenn Ripka aus opportunistischen Gründen kurz nach der Münchner Katastrophe behauptete, Prag habe nie vor einer „sogenannten bolschewistischen Gefahr“ Angst gehabt¹⁴³, gibt es zu viele Aussagen, die das Gegenteil beweisen. Gleich nach dem 21. September räumte die tschechische Presse ein, man habe befürchtet, daß die UdSSR in einem europäischen Kriege Siege erringen würde, die ihr „einen erhöhten Einfluß auf dem Kontinent“ verschaffen müßten¹⁴⁴. Alexan-

ten; Václav Král, *Poznámky k úloze Sovětského svazu v záříjové krizi v roce 1938* (Bemerkungen zur Rolle der Sowjetunion in der Septemberkrise 1938), in: *Československo-sovětské vztahy* (Tschechoslowakisch-sowjetische Beziehungen), Bd. I, Prag 1972, S. 53. Die „spanische Variante“ als die wahrscheinlichste Form der Sowjethilfe läßt auch der sonst tendenziöse Jonathan Haslam zu: *The Soviet Union and the Czechoslovakian Crisis of 1938*, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), S. 445 f.

¹⁴² Die tschechische kommunistische Literatur gibt diese Gefahr ohne Umschweife zu, auch wenn sie sie in Phrasen wie „starkes Anwachsen des Einflusses der Sowjetunion“ und „möglichen Aufschwung der revolutionären Welle“ oder über „die Installierung der Volksfrontregierung in der ČSR“ hüllt. Vgl. dazu Jiří Hájek, *Die internationale Stellung der Tschechoslowakei in der Münchener Periode*, in: *Die Hintergründe des Münchener Abkommens von 1938*, Berlin (Ost) 1959, S. 48; Václav Král, *O Masarykově a Benešově kontrarevoluční protisovětské politice* (Über Masaryks und Benešs konterrevolutionäre antisowjetische Politik), Prag 1953, S. 179; Čestmír Amort, *SSSR a osvobození Československa* (Die UdSSR und die Befreiung der Tschechoslowakei), Prag 1970, S. 27 ff.; Král, *Spojení československo-sovětské*, S. 433 ff. Daß die Sowjethilfe in dieser Hinsicht „auf jeden Fall politisch maximal riskant war“, darauf wies vom nichtkommunistischen Standpunkt aus Milan Hauner hin: *Září 1938: kapitulovat či bojovat? (September 1938: kapitulieren oder kämpfen?)*, in: *Svědectví* (Das Zeugnis), Nr. 49 (Paris 1975), S. 175.

¹⁴³ Ripka, *Munich: Before and After*, S. 433.

¹⁴⁴ *Proč jsme byli opuštěni Západem* (Warum uns der Westen verließ), in: *Lidové noviny* vom 22. 9. 1938.

drowski erklärte am Tage der Münchner Konferenz Benešs Angst vor einem Hilfsappell an die Sowjetunion unverblümt damit, daß „er den Beistand der UdSSR als Mittel einer Verteidigung der Tschechoslowakei als selbstmörderisch für die tschechoslowakische Bourgeoisie betrachtet“¹⁴⁵. Und um es vorwegzunehmen, keine zwei Monate nach München gestanden die Sowjets zu erstemal ganz offen ihre Absicht, die Karpatho-Ukraine an sich zu reißen¹⁴⁶.

Ein britischer Historiker wies in einer brillanten Analyse darauf hin, daß die Annahme sowjetischer Hilfe, auch in deren „spanischer Variante“, zwangsläufig zu einem Bürgerkrieg in der ČSR geführt hätte, vor dem Beneš panische Angst hatte¹⁴⁷. Das wird voll und ganz von Äußerungen Gottwalds nach München bestätigt: „Es war klar, wenn die Tschechoslowakei gegen Hitler kämpfen wollte, würde es ein national-revolutionärer Krieg [d. h.: Bürgerkrieg, I. P.] sein“, erklärte er. Beneš und die tschechoslowakische Führung „sahen, wie der Einfluß der Kommunisten, der Einfluß der Sowjetunion und ihr Prestige anwuchsen. Das mußte den Kommunismus in den Sattel setzen und aus dem Kampf eine ganz andere Tschechoslowakei hervorgehen lassen.“¹⁴⁸ Die Verteidigung der Tschechoslowakei gegen Hitlers Aggression „hätte die Form eines nationalen Befreiungskampfes [wiederum: Bürgerkrieg, I. P.] angenommen“, wobei „das Volk einen weitgehenden Einfluß auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Republik erzwungen hätte“, denn „im Falle eines erfolgreichen nationalen Befreiungskrieges, insbesondere unter Mithilfe der Sowjetunion, wäre das Verhältnis der Klassenkräfte in der Republik tiefgreifender zugunsten des werktätigen Volkes verändert worden“¹⁴⁹.

In ihren Anstrengungen und Vorbereitungen, eine bewaffnete tschechoslowakische Verteidigung gegen Deutschland in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, wurde die KPČ von Moskau unterstützt. Zumindest wissen wir, daß vom 28. September an „auf Veranlassung Moskaus“ ganze Schwärme von Kominternagenten (die allerdings zum Teil aus tschechoslowakischen Kommunisten bestanden) zu tschechoslowakischen Truppen an der Grenze entstand wurden, „um Agitation im Sinne einer Umfunktionierung des tschechischen Widerstandes gegen das Reich in einen revolutionären Krieg für die Installierung einer Rätemacht“ zu treiben¹⁵⁰.

Wallace hat also ganz Recht, wenn er annimmt, im Falle eines Krieges hätte es

¹⁴⁵ Alexandrowski an Narkominděl am 29. 9. 1938, in: Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens, Prag 1959, S. 140.

¹⁴⁶ Fierlinger an Chvalkovský am 29. 11. 1938, in: AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 1350.

¹⁴⁷ Beneš „was also particularly anxious to avoid the fate of Spain, a civil war . . . our outside intervention leading to civil war . . . The arrival of the Red Army could well be the signal for a civil war . . . Czechoslovakia could be taken over by the Communists with Soviet help. Beneš . . . had reason to fear a civil war . . . With Russia on its side Czechoslovakia . . . would end up a Communist state . . .“ William V. Wallace, *Czechoslovakia*, Boulder 1976, S. 210–214.

¹⁴⁸ Gottwalds Referat auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Chtěli jsme bojovat*, S. 412.

¹⁴⁹ Resolution des ZK der KPČ vom 8. 2. 1939, gebilligt am 22. 2. 1939 von dem EKKI, in: ebenda, S. 416.

¹⁵⁰ Hencke an das AA am 30. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 5.

einen „kommunistischen Aufstand“ gegeben, der wiederum einen Bürgerkrieg – mit einer kommunistischen Machtergreifung am Ende – entfesselt hätte. Die ostentativ zur Schau getragene Verteidigungsbereitschaft Moskaus und der KPČ erscheint in der Tat als bloße Maske eines zynischen, perfiden Spiels mit der Existenz des Staates im eigenen machtpolitischen und parteilichen Interesse. Das Jahr 1945 bzw. 1948 war schon 1938 vorprogrammiert¹⁵¹.

War sich Beneš dessen bewußt? Nur mit Vorbehalten ist Keith Eubanks Analyse beizupflichten, daß Beneš, ein Mann des Westens, sein Land nicht ins kommunistische Lager führen wollte und daß er, die Isolierung vom Westen befürchtend, erfaßte, die Tschechoslowakei werde im Falle einer alleinigen Unterstützung durch die Sowjetunion auf den Status eines sowjetischen Satelliten und kommunistischen Protektorats absinken – und bei alledem doch nicht die Gewißheit haben, daß die UdSSR die ČSR vor Hitler tatsächlich retten wird¹⁵². Gewiß, in dem Augenblick, in dem seine zwanzigjährige politische Konzeption zusammengebrochen war, stand Beneš vor einem unlösbaren Dilemma: entweder seinen Staat, als Vorstufe zur völligen Zerstörung, von Hitler verkrüppeln zu lassen oder aber die territoriale Integrität zu bewahren um den Preis der Liquidierung seiner demokratischen Struktur durch eine andere totalitäre Macht¹⁵³. Dies war für ihn eine inakzeptable Alternative: als einer der leidenschaftlichsten Hitler-Gegner in der europäischen Politik seit 1933 konnte er sein Land nicht der NS-Gewalt preisgeben, und als ein Demokrat mit Leib und Seele konnte er nicht das parlamentarische pluralistische System seines Landes opfern. Diese unlösbare Zwangslage sollte auch in seinen politischen Einschätzungen von 1939 und 1940 eine Schlüsselrolle spielen.

Wallaces Analyse wird im übrigen durch die Aktivität der KPČ in den Tagen der Münchner Konferenz durchaus bestätigt. Auf der Sitzung des Politbüros der KPČ am Nachmittag des 29. September wurde beschlossen, den Weg der „jakobinischen“ Landesverteidigung zu betreten, weshalb „die Möglichkeit der Bildung eines gesamtnationalen Rates als eines politischen und organisatorischen Zentrums für den Fall des Versagens der Staatsmacht“ überprüft werden müsse¹⁵⁴. Einen letzten Schritt zur Wendung der Lage unternahm die KPČ am Vormittag des 30. Septem-

¹⁵¹ Es ist daher der Ansicht der britischen Botschaft in Moskau zuzustimmen, Moskau suche „an unrivalled opportunity to fish in troubled waters and to extend its influence“ und „the collapse of Germany . . . would lead to Soviet preponderance in Eastern Europe“. Letter from H. M. Embassy on Soviet Policy, Moskau 20.2. 1939, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. III, Appendix III, London 1951, S. 611–614.

¹⁵² Keith Eubank, Munich, Oklahoma 1963, S. 223 f.

¹⁵³ Die akute Gefahr eines Bürgerkrieges, entfesselt zur Durchsetzung der Sowjetisierung, sieht Edvard Táborský, *President Edvard Beneš between East and West 1938–1948*, Stanford 1981, S. 56–70, merkwürdigerweise nicht. Die Bibliographie dieser sonst erschöpfenden Monographie zeigt, daß dem Verfasser Wallaces Werk von 1976 unbekannt war.

¹⁵⁴ Alena Hájková, *Strana v odboji. Z ilegálního boje KSČ 1938–1942* (Die Partei im Widerstand. Aus dem illegalen Kampf der KPČ 1938–1942), Prag 1975, S. 45. Die Verfasserin (S. 47 f.) gibt ausdrücklich zu, daß es der KPČ vor München um den Mißbrauch der Staatsverteidigung zur Machtergreifung ging, ob in eigener Regie oder in Verbindung mit der Sowjethilfe.

ber, als sich die Regierung bereits mit dem Münchner Diktat befaßte: Wieder tauchte der Gedanke auf, eine neue Regierung zur Verteidigung der Republik zu bilden. Zugleich kam es, auf Initiative der KPČ, zu dem Versuch, Syrovýs kapitulantenhafte Regierung durch eine von der KPČ provozierte Demission von vier volkssozialistischen Ministern – die das eigentliche Ziel des Manövers nicht durchschauten – zu torpedieren und dann den Rücktritt des Kabinetts zu erzwingen¹⁵⁵; bei seiner Intervention in der Präsidiatkanzelei um 10,20 Uhr verlangte denn auch Gottwald die „Rekonstruktion des Kabinetts“¹⁵⁶. Die KPČ strebte „die Entfesselung einer Massenbewegung“ (wie am 22. September) an, die „durch einen bewaffneten Aufstand die Regierung stürzen“ und zur kommunistischen Machtergreifung führen sollte¹⁵⁷. Doch alle Anläufe blieben ergebnislos. Einmal stand Moskau am 30. September – im Gegensatz zum 21. September – nicht hinter der KPČ, da die Sowjets angesichts der zu starken Viermächte-Koalition den Sowjetisierungsplan für inaktuell hielten, und außerdem überstürzten sich die Ereignisse derart, daß der KPČ zum Umsturz einfach keine Zeit blieb. Sie war nach der Kapitulation vor dem Münchner Diktat am 30. September um 12,45 Uhr nicht mehr in der Lage, einen bewaffneten Kampf auszulösen und ohne linksbürgerliche Verbündete die Macht zu ergreifen. Sie verfügte weder in den Volksmassen noch in den eigenen Reihen über die unerläßlichen Voraussetzungen, jedes bewaffnete Auftreten hätte sie in die Isolation und in einen aussichtslosen Bürgerkrieg getrieben¹⁵⁸. Es ist jedoch symptomatisch, daß Gottwald nur einen für die KPČ und für die Sowjetisierung aussichtslosen Bürgerkrieg ablehnte, nicht den Bürgerkrieg an sich. Tatsächlich hatte die KPČ bis zum letzten Moment mit Kampf, nicht mit Kapitulation gerechnet und daher keine Alternative für eine kampflose Niederwerfung des Staates entwickelt. Im Dezember 1938 warf übrigens die Komintern der KPČ vor, die Bildung eines außerparlamentarischen Verteidigungsorgans, das als „pressure group“ zur Beeinflussung der liberalen und sozialistischen Linken hätte dienen können, nicht rechtzeitig versucht zu haben. Und sie beanstandete ferner, daß die KPČ kein System von Organen und Organisationen geschaffen habe, die auf unterer Ebene als machtpolitische Instrumente hätten fungieren und zum Brennpunkt des Bürgerkrieges und der Errichtung der Sowjetmacht in der ČSR hätten werden können¹⁵⁹.

Für die tschechoslowakische Kapitulation vor dem Münchner Diktat waren aber

¹⁵⁵ Kvaček, KSČ, S. 178 f.

¹⁵⁶ Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik (AKPR) Prag, T 1533/38.

¹⁵⁷ Gottwalds Referat auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 397–412; Hájková, *Strana v odboji*, S. 52.

¹⁵⁸ Resolution des ZK der KPČ vom 8. 2. 1939, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 420 f. Auf der Sitzung des Prager Politbüros waren noch am 4. Oktober 1938 wieder die Ansichten zu hören, die KPČ solle sofort die ganze Mitgliederbasis mobilisieren, offensiv auftreten und die Volksmassen mitreißen, sie wurden jedoch von der Mehrheit als „sektierisches und abendteuerliches Vabanquespiel“ abgelehnt; Hájková, ebenda, S. 56. Es wäre interessant zu wissen, wer von den führenden Parteifunktionären diese Alternative, die mit Chaos und mit der Zersetzung kalkulierte, befürwortet hatte.

¹⁵⁹ Hájková, ebenda, S. 54.

nicht die Sowjetisierungsperspektiven im Fall von Widerstand bestimmend, sondern – wie schon am 21. September – die Ängste vor den Folgen einer Annahme der Sowjethilfe. Daß Prag nach München keinen Hilferuf an Moskau gerichtet hat, ist ebenfalls durch die Befürchtung zu erklären, die Tschechoslowakei könne als Werkzeug und Vorhut der Bolschewisierung Europas stigmatisiert und in einem anti-sowjetischen Kreuzzug zerstört werden. Auf der entscheidenden Kabinettsitzung am Mittag des 30. September nannten Beneš und Krofta als Hauptbegründung für die Annahme des Diktats: „Wenn allein Rußland uns zu Hilfe käme, würden alle gegen Rußland ziehen und der Westen ginge gegen uns vor . . . Aus Angst vor dem Kommunismus werden die Engländer und Franzosen mit den Deutschen zusammengehen. Sie fürchten den Krieg, insbesondere aber fürchten sie die Sozialrevolution.“¹⁶⁰ Daß diese Überlegung der entscheidende Anlaß zur Kapitulation war, bestätigte auch General Husáreks an Alexandrowski übermittelte Information, auf der schicksalhaften Kabinettsitzung sei folgende These aufgestellt worden: „Wenn sich die Tschechoslowakei heute zur Wehr setzte und deswegen ein Krieg entstände, verwandelte sich der Krieg sofort in einen Krieg der UdSSR mit ganz Europa, da es Hitler in München gelungen ist, Chamberlain und Daladier davon zu überzeugen, daß die UdSSR eine größere Gefahr für den europäischen Frieden darstellt als er.“¹⁶¹ Auch die Rundfunkansprachen des parteilosen Propagandaministers Vavrečka¹⁶² und des sozialdemokratischen Justizministers Dérer¹⁶³, die am späten Nachmittag des 30. September die aufgebrachte Bevölkerung beruhigen und die Kapitulation rechtfertigen sollten, operierten fast ausschließlich mit der sowjetischen Komponente; in den Kommentaren der Prager Presse sind ebenfalls derartige Argumente vorgebracht worden¹⁶⁴.

¹⁶⁰ Protokoll der außerordentlichen Regierungssitzung am 30. 9. 1938, in: SÚA Prag, 11,30 – 12,45, PMR/38, XVIII/9. Die letzte sehr präzise Analyse von Beneš Motivation für die Kapitulation brachte gerade in diesem Sinne František Lukeš, Beneš a SSSR (Beneš und die UdSSR), in: Sešity pro mladou literaturu Nr. 21 (1968), S. 45.

¹⁶¹ Alexandrowski an Narkominděl am 1. 10. 1938, in: Dokumenty a materiály, Bd. III, S. 613 f.

¹⁶² „Unser Krieg an der Seite Rußlands wäre nicht nur ein Krieg gegen Deutschland gewesen. Ganz Europa samt Frankreich und England würde den Krieg als Krieg des Bolschewismus gegen Europa betrachtet haben und so wäre höchstwahrscheinlich ganz Europa gegen Rußland und uns gezogen“. Rundfunkansprache des Propagandaministers Ing. Hugo Vavrečka am 30. 9. 1938 um 16,45 Uhr, in: Právo lidu vom 2. 10. 1938, abgedruckt auch in: Československá krize a Evropa (Die tschechoslowakische Krise und Europa), Prag 1939, S. 300.

¹⁶³ „Von allen verlassen und uns nur auf die UdSSR stützend wären wir in einer gefährlichen Lage gewesen, denn der Krieg hätte einen gefährlichen Charakter angenommen. Die Tschechoslowakei würde als Exponent des Bolschewismus bezeichnet werden, und auch unsere Verbündete im Westen würden den Krieg als Kampf des Kommunismus gegen die westliche Zivilisation betrachten“. Rundfunkansprache des Justizministers Dr. Ivan Dérer am 30. 9. 1938 um 17,10, in: Právo lidu vom 2. 10. 1938.

¹⁶⁴ „Jedermann befürchtet den Nachkriegsbolschewismus und gerade zu dieser Zeit sollte die Sowjetunion auf den europäischen Kriegsschauplatz als Kriegsverbündeter Moskaus kommen! Auch wenn wir mit der russischen Hilfe ausgekommen wären, hätte sich ganz Europa auf uns geworfen und uns zur Vorhut des Bolschewismus erklärt“; Karel Z. Klíma, Jejich mír a naše oběť (Ihr Frieden und unser Opfer), in: Česká slovo vom 2. 10. 1938.

Nach München waren in Benešs Äußerungen zur Sowjetpolitik disharmonische Mißtöne einer politischen Schizophrenie zu vernehmen, zurückzuführen auf einen Münchner Komplex, der die Genauigkeit und Verlässlichkeit seiner politischen Urteile auf Dauer lahmlegte und verzerrte. Sein Münchner Trauma – ausgedrückt in seiner qualvollen Frage: „Habe ich in dieser grauenvollen Krise richtig entschieden? Die Ereignisse, die kommen, werden sie mich nicht verurteilen?“¹⁶⁵ – bestimmte seine plötzliche prosowjetische Fiktion, in der er einen möglichen Ausweg aus seiner Belastung suchte; man darf wohl geradezu von einer psychologischen Verkrampfung Benešs sprechen. Nur so ist seine seit Anfang 1939 wachsende Überzeugung zu erklären, daß die Wiederholung der Situation vom September 1938 nur durch eine weitgehende Änderung der geopolitischen und strategischen Lage der ČSR auszuschließen sei, wie sie einzig und allein eine unmittelbare Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa wirksam garantieren könne: „Rußland wird in Mitteleuropa das Wort haben . . . Geographisches Gesetz . . . Hitler verhilft uns zur Nachbarschaft mit Rußland. Nach den künftigen Katastrophen muß das Ziel sein, daß Rußland in Užhorod sein wird, Prešov in Rußland . . . Die Grenze mit Rußland so lang wie möglich auch mit Hinsicht auf Polen . . . Die polnische Grenze kürzen, die Grenze mit Rußland bis hinter Bardějov.“¹⁶⁶ Es wirkt erschütternd, daß Beneš vier Monate nach München bereit war, auf einen beträchtlichen Teil des tschechoslowakischen Territoriums (weit mehr als 20 000 qkm) zugunsten der UdSSR zu verzichten, doch hatte seine Haltung auch einen realpolitischen Hintergrund: Er war schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fest davon überzeugt, daß die UdSSR früher oder später in den Krieg mit Deutschland eingreifen und schließlich nach Mitteleuropa vordringen werde. Diese Überzeugung revidierte er nicht einmal nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Bereits nach dem sowjetischen Einfall in Ostpolen drängte er beim Londoner Sowjetbotschafter Maiski darauf, die Rote Armee „solle bis zu unserer Grenze vorrücken“, denn „wir müssen nach diesem Krieg unmittelbar und auf die Dauer der UdSSR benachbart sein. Auch das ist für uns eine Lehre aus München.“¹⁶⁷ Seine langjährige Angst vor der Sowjetisierung war wie weggezaubert, er vollzog eine Wendung um 180 Grad.

Die Überschätzung der deutschen Nachkriegsgefahr und das Trugbild, ausgerechnet die territoriale Expansion der Sowjetunion nach Mitteleuropa werde die Sicherheit der künftigen ČSR garantieren, wurden von Benešs Mitarbeitern voll und ganz geteilt. So schrieb Ripka schon im April 1939 an Jan Masaryk: „Ich hoffe, daß es nach dem Kriege möglich sein wird, daß wir näher an Rußland geraten, daß es unser direkter Nachbar sein wird . . . Wenn dies geschähe, wird Rußland unmittelbar in Mitteleuropa interessiert sein und wird zu einem wirksameren Gegengewicht

¹⁶⁵ Beneš, *Mnichovské dny*, S. 342.

¹⁶⁶ Aufzeichnung Dr. J. Drábeks über sein Gespräch mit Beneš in London am 31. 1. 1939, in: SÚA Prag, A – I – 1/256/14/1; *Drtina, můj osud*, S. 313f.

¹⁶⁷ Edvard Beneš, *Paměti (Memoiren)*, II/1, Prag 1947, S. 207; Ivan M. Majskij, *Kdo pomáhal Hitlerovi (Wer half Hitler)*, in: *Kulturní tvorba* vom 1. 7. 1965.

gegenüber Deutschland als bisher.“¹⁶⁸ Einen Monat später führte Ripka seine Vorstellung gegenüber Beneš noch weiter aus: „Ich weiß, daß es für unsere Zukunft am wichtigsten sein wird, eine gemeinsame Grenze mit Rußland zu erreichen und so ein Gegengewicht gegen Deutschland zu schaffen . . . Außerdem vermute ich, daß wir, uns auf Rußland stützend, mit größerem Erfolg als in der Vergangenheit dazu gelangen können, das Donaubecken nach unseren Vorstellungen und Interessen zu organisieren und in ihm eine führende Stellung einzunehmen.“¹⁶⁹ Beneš und seine Genossen sind also von ihrem Münchner Komplex so in die Irre geführt worden, daß sie bei unmittelbarer Nachbarschaft der UdSSR nicht nur keine Sowjetisierungsgefahr mehr sahen, wie es ein realistisches politisches Kalkül nahelegen mußte, sondern in geradezu absurder Weise hofften, dann zum Ausbau der machtpolitischen Stellung der Tschechoslowakei in Mitteleuropa imstande zu sein. Größere Illusionen sind wohl kaum denkbar.¹⁷⁰

Es wäre jedoch eine psychologische Vereinfachung, wollte man die prosowjetische Ebene in Benešs Ansichten während des Krieges verabsolutieren, ohne die tiefe Identitätskrise zu berücksichtigen, die ihn in seinem Verhältnis zur Sowjetunion zu einer ausgesprochen gespaltenen Persönlichkeit machte. Nach dem Zusammenbruch seiner Lebensgewißheiten, wie sie bis München bestanden hatten, suchte er als Ausweg aus seiner Krise neue Gewißheiten, die er dann in jener sich selbst wie auch seiner Umgebung eingeredeten Fiktion fand. Doch ist es kein Zufall, daß die massivste Häufung prosowjetischer Illusionen 1939 zu finden ist, als die Stärke und der Erfolg westlichen Widerstands gegen das Dritte Reich noch ungewiß war. Nach der Anerkennung der provisorischen Exilregierung im Juli 1940 tauchen plötzlich auch andere Elemente wieder öfter auf. Beneš fand nun den Weg zurück von der Fiktion zur Realität; jetzt sind sein wahres Denken und sein wahres Urteil in der Sowjetisierungsfrage sicherer zu erkennen als in den Monaten völliger Verstörung seiner politischen Persönlichkeit.

Bereits im Dezember 1939, wahrscheinlich unter dem Eindruck des sowjetischen Überfalls auf Finnland, schrieb Beneš in einer Instruktion an den ČSR-Gesandten in Washington: „Rußland wartet ab und sobald es auf Grund der deutschen Kriegsführung für sich allseits die möglichst stärkste Position gewonnen hat (die Baltischen Staaten, Polen, Finnland, Bessarabien, offenbar Bulgarien und Nordtürkei und -persien), wird es alles Erdenkliche zum Sturz des heutigen Deutschland tun und dort wie auch überhaupt in Mitteleuropa eine Revolution mit Sowjetregimes hervorrufen.“¹⁷¹ Solche Befürchtungen sprach Beneš aus, als die Sowjetunion noch tief in

¹⁶⁸ Ripka an Masaryk am 14. 4. 1939, in: AÚD KSČ Prag, BA, EB II, Kart. 2, Francie 1939, f. 39.

¹⁶⁹ Ripka an Beneš am 21. 5. 1939, in: ebenda, 40, 23 - R/39.

¹⁷⁰ „In die Zukunft nur durch München zu schauen“, bemerkte später zu diesen Ansichten treffend der Leiter Benešs Präsidialkanzlei, „bedeutet ein anderes, umgekehrtes München vorzubereiten“. Smutnýs Aufzeichnung vom 22. 8. 1943, in: Dokumenty k historii československé politiky 1939-1943 (Dokumente zur Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939-1943) (DHČP), Bd. I, Prag 1966, S. 362.

¹⁷¹ Beneš an Hurban nach Washington am 10. 12. 1939, in: AÚD KSČ Prag, 40, 17 - 32/24 a.

der Kooperation mit Hitler-Deutschland steckte und noch kein reales sowjetisches Vordringen nach Mitteleuropa zu verzeichnen war. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die Situation vom Herbst 1938. Wenn Beneš derartige Befürchtungen hegte, solange der deutsche Partner Moskaus noch eine Barriere gegen die beschworenen sowjetischen Pläne darstellte, war dann seine Angst nicht maßgeblich an seiner Entscheidung in der Münchner Krise beteiligt, die Sowjethilfe nicht anzurufen? Weitere Zeugnisse deuten ebenfalls darauf.

Ende Januar 1940 ließ Beneš dem Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Bukarest ausrichten: „Sowjetrußland verfolgt ohne Zweifel bei seiner Verbindung mit Deutschland das Ziel, nicht nur Deutschland, sondern ganz Mitteleuropa zu revolutionieren, zu kommunistieren und zu sowjetisieren. Einer sozialen Veränderung dieser Art, die mit der Sozialstruktur des reifen tschechoslowakischen Arbeitervolkes ganz unvereinbar ist, wollen und dürfen wir unseren Staat nicht aussetzen.“¹⁷² Galt das Gebot, den Staat einer solchen Veränderung nicht auszusetzen, nicht um so mehr im September 1938, als diese Gefahr viel unmittelbarer und handfester scheinen mußte als sechzehn Monate später? Es ist doch inakzeptabel, der Sowjetunion zu unterstellen, ihre Mitteleuropa-Politik in weniger als anderthalb Jahren nach München geändert bzw. im September 1938 ganz andere Ziele verfolgt zu haben als Anfang 1940. Und man wird Beneš nicht unterstellen dürfen, die Parallele nicht gesehen zu haben, zumal sich Beneš 1940 durch die mit seiner Erwartung identische Meinung des inländischen Widerstandes sicherlich bekräftigt fühlte. Die Botschaft aus Prag, daß „Moskau danach trachtet, Europa zu sowjetisieren“, was „eine vollständige Erledigung der mitteleuropäischen Völker bedeuten würde“¹⁷³, beantwortete Beneš mit der Feststellung: „Rußland stellt sich seine Hilfe an uns nur in Form einer revolutionären Aktion und einer Sowjetisierung der betreffenden Länder vor.“¹⁷⁴ Auch wenn es oft bedenklich sein mag, spätere Aussagen auf eine frühere historische Situation übertragen zu wollen, so scheint doch hier der Schluß nicht unberechtigt zu sein, daß alle diese Ängste eine Schlüsselrolle schon im September 1938 gespielt haben müssen.

¹⁷² Gesandter Smutný an Oberst Pika nach Bukarest (Wiedergabe Benešs Weisung) am 30. 1. 1940, in: ebenda, 40, 3–7.

¹⁷³ Bericht der Widerstandsgruppe „PVVZ“ nach London am 3. 8. 1940, in: DHČP, Bd. II, S. 559.

¹⁷⁴ Benešs Botschaft an die inländische Widerstandsbewegung am 7. 10. 1940, in: ebenda, Bd. I, S. 131.

ANHANG

1

Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. August 1935¹⁷⁵

Nach Entgegennahme des Berichtes des Genossen Stalin über die internationale Lage und über die neue Taktik des internationalen revolutionären Proletariats stellt das Politbüro der KPdSU (B) in seiner Sitzung am 8. August 1935 in Moskau mit Genugtuung fest, dass (sic!) zwischen der Kommunistischen Internationale und den sozialistischen Parteien, die der II. Internationale angehören, keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Einschätzung der sozial-politischen Weltlage und in der Bestimmung der Hauptaufgaben, die der Arbeiterklasse der ganzen Welt nun gestellt sind. Das Politbüro stellt als allgemein anerkannte These, die alle Kräfte des Weltproletariats vereinigt, auf, dass (sic!) im gegenwärtigen Augenblick das Hitler-Deutschland die mächtigste Festung des internationalen Faschismus ist und dass (sic!) der militärische Zusammenbruch des nazistischen Deutschland eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfaltung der proletarischen Revolution in Zentraleuropa ist.

Das Politbüro stellt ferner mit besonderer Befriedigung die feste und einmütige Überzeugung ausnahmslos aller sozialistischen Parteien ohne Unterschied fest, dass (sic!) der militärische Sieg der Sowjetunion für die gesamte Arbeiterklasse, unabhängig von der parteilichen Zugehörigkeit ihrer einzelnen Gruppen, als wünschenswert erscheint. Das Politbüro begrüßt (sic!) die feste Entschlossenheit nicht nur der kommunistischen, sondern auch der menschwistisch-sozialistischen Organisationen der Arbeiterklasse, jeden möglichen neuen Krieg zur Eroberung der Macht und zum Sturze des Kapitalismus auszunutzen.

Das Politbüro schliesst (sic!) sich der Behauptung des Genossen Stalin an, dass (sic!) im Interesse des Weltproletariats nicht eine Beschleunigung, sondern eine Vermeidung des Krieges liegt, denn ein Aufschub des neuen Weltkrieges verstärkt nicht, sondern schwächt nur die innenpolitischen Positionen jedes faschistischen Regimes. Daher ist das Weltproletariat gezwungen, selbst die bourgeois-demokratischen Regierungen zu unterstützen, soweit diese für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten. Das Politbüro schliesst (sic!) sich auch ganz der These des Genossen Stalin an, die besagt, dass (sic!) einerseits die Bildung einer mächtigen Staatenkoalition gegen Deutschland, andererseits aber die Stärkung der Autorität des Völkerbundes, verwirklicht durch das System kollektiver Sicherheitspakete, zu den Aufgaben gehören, die die restlose Unterstützung des Weltproletariats verdienen. Nach Ansicht des Politbüros (sic!) besteht volle Einmütigkeit aller Führer der proletarischen Richtungen und Parteien darüber, dass (sic!) die regionalen Pakte der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Staaten, denen ein Angriff von seiten Deutschlands droht, ebenso wie die Aufrüstung und Organisation der militärischen Verteidigung der genannten Staaten eine Unterstützung vonseiten (sic!) der Arbeiterklasse verdienen.

Nach der festen Überzeugung des Politbüros (sic!) bildet die Sowjetunion nach wie vor den Kern der künftigen gesamteuropäischen und dann Weltföderation der sozialistischen

¹⁷⁵ Zur Herkunft und Authentizität der in deutsche Hände geratenen Beschlüsse des Moskauer Politbüros von 1934–1937 vgl. Ivan Pfaff, Prag und der Fall Tschatschewski, in: VfZ 35 (1987), S. 122 f.

Arbeiter- und Bauernrepubliken. Das Politbüro hält es nicht nur für möglich, sondern auch für unbedingt notwendig, schon jetzt alle Befürchtungen eines gewissen Teiles des Proletariats zu zerstreuen, dass (sic!) etwa die Militärpolitik der Sowjetunion unter den Einfluss (sic!) ihrer kapitalistischen Verbündeten geraten könnte: diese Politik ist und bleibt revolutionär und proletarisch und darauf gerichtet, den Krieg in die Weltrevolution zu verwandeln. Das Politbüro schliesst (sic!) sich vollkommen der Behauptung des Genossen Stalin an, der sagt: „Es ist Zeit, alle prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterklasse zu vergessen. Es ist ein so entscheidender Augenblick gekommen, dass (sic!) ein Bündnis mit allen Kräften zulässig ist, die – aus dem einen oder anderen Grunde – gegen den Weltfaschismus auftreten. In dem Bestreben, den Krieg abzuwenden, darf nicht vergessen werden, dass (sic!) im Falle seines Ausbruchs alle Mittel gut und zulässig sind, um der faschistischen Reaktion eine Niederlage beizubringen (?), das (sic!) jeder, der gegen den Faschismus ist, damit auch schon ein Verbündeter des revolutionären Proletariats in dessen Kampf mit dem schrecklichen und mächtigen Feind ist“.

BA Koblenz: Adjutantur des Führers, NS
10, Bd. 58, fol. 103–106 und Bd. 50, fol.
134–136

2

Geheime Staatspolizei an das Auswärtige Amt, Berlin 10. November 1937

Nach einer hier eingegangenen vertraulichen Mitteilung soll im Laufe des Sommers dieses Jahres eine Sitzung des Politbüros in Moskau stattgefunden haben. Der Kriegskommissar, Marschall *Woroschilow*, habe auf derselben erklärt, daß in nicht allzu ferner Zeit der Boden der Tschechoslowakei unter den Tritten der Roten Armee erzittern werde; dann sei der Moment der Befreiung des Proletariats in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen gekommen. Von dort aus könne dann die Weltrevolution ebenso wie von Frankreich aus vorgetragen werden. Überall wird das Proletariat die Rote Armee jubelnd als Befreier aufnehmen. Im Kriegsfalle kann sich die Kommunistische Partei auch Mittel bedienen, auf die andere Staaten sonst verzichten. Zur Aufrichtung der Volksherrschaft ist aber jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspricht.

Im Falle des Einmarsches der Roten Armee in die Tschechoslowakei und einer Erhebung des Proletariats in den Nachbarstaaten der ČSR denken wir an die Errichtung einer großen Donaurepublik (Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Österreich und Teile von Jugoslawien) unter tschechischer Führung und an eine Balkanrepublik. Die Volksrepublik Frankreich soll sich über Belgien, Holland, Schweiz, Vorarlberg, Tirol und Norditalien erstrecken.

Vorstehende Mitteilung übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag:
gez. Müller

PA/AA Bonn: Politische Abteilung II –
Verschluß 73 Po g Rußland – Politische
Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4

Protokoll der Sitzung des ZK der KPČ, Prag 20.–21. August 1938

Anwesend die Kominternmitglieder: Pollit, Schdanow, Cachin. Politisches und Organisationsreferat des Genossen Schdanow (Übersetzung: Hájek):

Die Kommunistische Partei in der ČSR spielt eine bedeutende Rolle in der Frage des Kampfes für den Frieden sowie in der Frage der Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik. Die Komintern erwartet, daß die KPČ in der gegebenen Situation ihre taktische politische Linie zur Verwirklichung der Volksfront in der ČSR ausnutzen würde. Die KPČ muß sich bewußt werden, daß die Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse einen entscheidenden Faktor in der Vorbereitung des werktätigen Volkes für bevorstehende Kämpfe in der zweiten Runde proletarischer Revolutionen darstellt.

Als Hauptbedrohung erweisen sich einerseits die faschistischen Staaten, andererseits spielt die faschistische Gefahr eine große Rolle in der Vereinigung der Arbeiterklasse in den demokratischen Ländern. Der Kampf für Frieden, für die Verteidigung des Landes stellt die KPČ vor die größten Möglichkeiten zur Bildung der Einheitsfront. Wenn der Krieg trotzdem ausbrechen und die Tschechoslowakei überfallen würde, ist es die Pflicht der Kommunisten, sich am energischsten für die Landesverteidigung und für die Niederlage des faschistischen Angreifers einzusetzen und mit aller Kraft die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen suchen und damit die Abschaffung der kapitalistischen Klassenherrschaft im eigenen Lande zu beschleunigen.

Diese Situation wird damit deutlicher beleuchtet, daß die Auslösung des Kriegskonfliktes durch den faschistischen Angreifer mehrere Staaten erfaßt, und die Kommunisten haben überall die gleichen Aufgaben.

Der große politische Faktor in diesem Konflikt wird die Rote Armee sein. Dem Überfall auf die Tschechoslowakei durch einen deutschen faschistischen Angreifer, der bestrebt sein wird, ihre nationale Unabhängigkeit und Integrität zu vernichten oder ihre Teilung zu erreichen, folgt dann der sich diesem Überfall widersetzen Krieg der nationalen Bourgeoisie, der den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen wird, in den die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei eingreifen müssen.

Aufgabe der Kommunisten in der Tschechoslowakei wird es sein, sich – für die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Stellung der Arbeiter, Bauern und nationalen Minderheiten unversöhnlich kämpfend – gleichzeitig in die erste Reihe der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit einzugliedern und den Befreiungskrieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Dabei darf es sich die eigene Bourgeoisie nicht erlauben, mit den angreifenden Mächten auf Kosten des eigenen Landes zu schwächen. Von diesen prinzipiellen Problemen ausgehend, sehen wir, vor welche große Aufgaben die KPČ bald gestellt wird, deshalb muß ihr Kampf für Einheit möglichst verstärkt werden. Deshalb ist es notwendig, daß die KPČ, ohne auf ihre selbständige Arbeit für kommunistische Erziehung zu verzichten, alle Schritte unternehmen muß, um zum gemeinsamen Vorgehen aller sozialistischen und demokratischen Parteien zu kommen. Man muß schon damit aufhören, nur Angebote zu formulieren, sondern man muß die Möglichkeiten prüfen, an sie näherzutreten, sorgfältig die Antworten der sozialistischen Parteien zu studieren, sich ihrem Standpunkt anzunähern versuchen.

Die KPČ konzentriert sich in der Frage der Einheit in erster Reihe auf die Sozialdemokratie. Alle Mißerfolge deprimieren sie dann. Die Genossen vergaßen, daß die Sozialdemokratie die letzte Partei sein wird, die das einheitliche Vorgehen mit den Kommunisten antreten wird. Man verwirrt nur sehr schwer die Spaltung ihrer Partei, aus der die KPČ hervorging. Deshalb ist es notwendig, bei anderen Parteien anzufangen, mit denen die KPČ keine Parteiwidersprüche durchgemacht hat, allen voran bei den Volkssozialisten und den Katholiken. Im allgemeinen ist es unerlässlich für die KPČ, das Koalitionssystem und die Verpflichtungen der Sozialisten zu respektieren. Die sehr ernste Ursache für den Mißerfolg der Volksfrontbildung in der Tschechoslowakei ist der große Einfluß der Agrarpartei, die eine große Bremse für die Einheit ist, auf die demokratischen Parteien.

Doch auch so muß die KPČ große Unterschiede zwischen den Agrarbankiers, Großgrundbesitzern und den kleinen Landwirten machen. In dieser Frage muß man den sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Druck auf die halbfaschistischen Parteiführungen verstärken. Ich denke dabei daran, wie unzureichend die sabotierende Einstellung der tschechischen Agrarbourgeoisie in der Frage der Staatsverteidigung kritisiert und enthüllt wird. Wie unzureichend und unsystematisch die Ursachen der heutigen, von Henlein herbeigeführten kritischen Lage in der ČSR propagiert werden und daß die Henlein-Partei aus dem Chauvinismus der Regierungspolitik gegenüber den böhmischen Deutschen und unter dem Protektorat der halbfaschistischen Agrararistokratie geboren wurde. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die ungenügend ausgenutzt worden sind – gerade hier muß eine schnelle Besserung erfolgen, sowohl in der Einstellung der KPČ gegenüber den sozialistischen Parteien als auch im tatkräftigen Vorgehen gegenüber der agrarischen und überhaupt der faschistischen Bourgeoisie. Diese reaktionären faschistischen Horden in die Defensive zu drängen, andererseits eine neue taktische Offensive für die Volkseinheit zu entwickeln – dies ist das Gebot der Stunde und der Situation für die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

Die Komintern eröffnet in dieser Aktion ein breites Feld an Zugeständnissen der KPČ im Standpunkt zur Einheitsfront der sozialistischen Parteien. Freilich müssen wir alle sehen, daß diese politischen und organisatorischen Zugeständnisse nur die Taktik darstellen, die sich aus unserer heutigen Situation ergibt und zu unserem konkreten Ziel führen wird. Also einzig und allein ein Mittel zum Zweck. Genosse Dimitroff stellt die KPČ vor sehr ernste Aufgaben, die aus der politischen Situation, die in Mitteleuropa und in der Tschechoslowakei entstanden ist, hervorgehen. Dies beweist die Analyse der politischen Situation in Mitteleuropa. Sie ist allgemeingültig. Es wird ein ganzer für die Referenten der Bezirksleitungen ausgearbeiteter Entwurf folgen.

Die Schlußfolgerung: Hier seht ihr, Genossen, als Vertreter unserer brüderlichen kommunistischen Bewegung in der ČSR, daß meine Einleitungsworte zur zweiten Runde proletarischer Revolutionen in Mitteleuropa keine Phrasen sind, sondern daß die politische Situation selbst ihre Beschleunigung fördert. Daß jeder taktische Rückzug Siebenmeilenschritte nach vorn bedeutet. Daß Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei der Vorabend zum Ende der faschistischen Übermacht sein wird, aber zugleich das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und der Ausbeuter im eigenen Lande bringen wird. Daß das Volk, das sich an der Seite der Roten Armee in Verteidigung nationaler Freiheit gegen den ausländischen faschistischen Angreifer zu schlagen weiß, daß dieses Volk unter der Führung der Kommunisten in dieser Situation die Freiheit von der Vorherrschaft seiner eigenen Bourgeoisie erkämpfen wird.

Ich erinnere noch an folgendes: für die Aufrechterhaltung des Paktes der ČSR mit der Sowjetunion müssen die Kommunisten in der Tschechoslowakei alle Kräfte einsetzen. Deshalb ist die Einheitsfront zumindest in dieser Frage äußerst notwendig: den tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt und die Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik betreffend. Die Komintern und das gesamte sowjetische Volk mit dem Genossen Stalin an der Spitze hoffen, daß die KPČ unter der Führung des Genossen Gottwald das in sie gesetzte Vertrauen nicht enttäuschen wird.

F 110/45, Bd. 19, Az. 317, AÚD KSČ
Prag
(Aus dem Tschechischen übersetzt
vom Verfasser)

4

„Tätigkeit der Komintern“: Deutsche Botschaft an das Auswärtige Amt, Paris 20. September 1938

Von einem im allgemeinen gut unterrichteten und zuverlässigen Vertrauensmann erfahre ich über die Tätigkeit der Komintern in den letzten Wochen folgendes:

Seitens des ZKI (Zentralvollzugskomitee der KPdSU) sei der Komintern und namentlich Dimitroff in letzter Zeit der Vorwurf gemacht worden, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sei und im entscheidenden Moment immer versage. Als Beispiele würden insbesondere Spanien und China angeführt. Ferner werde der Komintern seitens des ZKI ein schwerer Vorwurf aus der Zerschlagung des kommunistischen Parteiapparates in Polen gemacht. Es sollen nämlich vor einigen Wochen drei Sonderbeauftragte der Komintern nach Polen gekommen sein, um die durch die Schauprozesse in Moskau stark demoralisierte kommunistische Parteileitung in Polen neu zu organisieren. Jedoch hätten die drei Sonderkommissare eine derartige Zersetzung und Zerrüttung innerhalb des polnischen Parteiapparates vorgefunden, daß sie sich entschlossen hätten, zunächst einmal sämtliche Funktionäre zu entlassen und den gesamten Apparat neu aufzubauen. So hätte es geschehen können, daß im jetzigen Augenblick Polen ohne eine verantwortliche kommunistische Parteileitung dasteht und dementsprechend zu keinerlei Aktion nach außen fähig sei. Dieser Umstand hätte sich angesichts der durch die Ereignisse im Sudetengebiet entstandenen außenpolitischen Krise für die Agitationsarbeit der Komintern verhängnisvoll ausgewirkt, da es infolge der Maßnahmen der drei Sonderkommissare unmöglich geworden sei, eine kommunistische Wühlarbeit von Polen aus nach Deutschland zu betreiben. Die drei Sonderbeauftragten der Komintern wären daher in Moskau erschossen worden.

Unter diesen Umständen sei es für Dimitroff geradezu eine Prestigefrage geworden, den Wert der Komintern gegenüber dem ZKI zu beweisen, und er setze alles daran, wenigstens in der tschechoslowakischen Frage vor seinen Moskauer Auftraggebern bestehen zu können. Aus diesem Grunde halte sich Dimitroff zur Zeit in Prag auf und pendele zwischen der Tschechoslowakei und Polen hin und her. In Prag versuche er, den äußersten Widerstand gegen jede Konzession in der sudetendeutschen Frage zu organisieren und bearbeite vor allem die ultranationalistischen Kreise in der Tschechoslowakei – die Studenten, jungen Offiziere, linksliberalen Journalisten, linksorientierten Sozial-

demokraten, die Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre und dergleichen mehr. Dabei sei ihm das etwaige Schicksal der jetzigen tschechoslowakischen Regierung beziehungsweise des Herrn Benesch, ja des politischen Systems der Tschechoslowakei und sogar des tschechoslowakischen Staatswesens an sich völlig gleichgültig. Sogar eine Militärdiktatur erscheine ihm nicht unerwünscht, nur um den bei dann entstehenden chaotischen Zuständen und der Möglichkeit einer allgemeinen Konflagration das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen.

Das Sprungbrett dazu sollte die Installierung des Rätessystems in der Tschechoslowakei nach dem Vorrücken der Roten Armee auf deren Gebiet bilden. Auf diese Weise wolle Dimitroff beziehungsweise die Komintern den bewaffneten Widerstand der Tschechoslowakei gegen ein kriegereschreitendes Deutschland umfunktionieren, um den ersten starken Stützpunkt und zugleich eine Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen. Daher konzentrierte sich auch Dimitroffs Agitation insbesondere auf die bereits im Felde stehenden Truppen der tschechoslowakischen Armee.

Weitere Einzelheiten, insbesondere wann Dimitroff in Prag eingetroffen ist und unter welchem Namen und mit welchen konkreten Mitteln er seine subversive Tätigkeit in der Tschechoslowakei durchführt, hat der Vertrauensmann bisher nicht ermitteln können. Alles scheint jedoch dafür zu sprechen, daß er sich in Prag seit dem 14. September aufhält.

gez. Bräuer

PA/AA Bonn: Botschaft Paris, 480 S,
Rußland, Bd. 22

Smelser/Zitelmann (Hrsg.)

Die braune Elite

R. Smelser/R. Zitelmann (Hrsg.)
Die braune Elite
22 biographische Skizzen



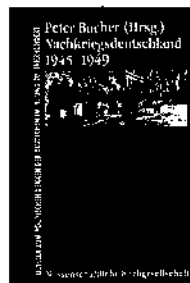
Wissenschaftliche Buchgesellschaft

(WB-Forum, Bd. 37)
1989. XIV, 323 S.
mit 22 Abb., kart.
Hier entsteht „das
Bild der deutschen
Geschichtspathologie
im 20. Jahrhundert“.
(FAZ)
3-534-80036-2
DM 29,80

Peter Bucher (Hrsg.)

Nachkriegsdeutschland

1990. XXV, 494 S.,
Gzl. mit SU.
Anhand von Quellen-
texten wird die politi-
sche und wirtschaft-
liche Entwicklung in
den vier Besatzungs-
zonen dokumentiert.
3-534-09082-9
DM 98,-



Wissenschaftliche Buchgesellschaft